Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige**, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236. **Mittwoch, den 9. Oktober 1895.** **2. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Tendenzgesetzgebung und Rechtsprechung.

Herr Reichsgerichtsrath Stenglein hält es an der Zeit, in der Hardenschen „Zukunft" mit dem Projekte eines neuen Ausnahmegesetzes in die Schranken zu treten. Die Umsturzvorlage hatte den Fehler, daß durch die Form des gemeinrechtlichen Strafgesetzes „auch einen ganz loyalen Mann die strengen Strafmaße treffen" konnten: er will ein wirkliches Ausnahmegesetz. Das Sprengstoffgesetz erscheint ihm als brauchbares Vorbild, ein gegen Umsturzbestrebungen gerichtetes Ausnahmegesetz, das freilich die eigenthümliche Wirkung hatte, daß es zahlreiche ahnungslose Staatsbürger in Strafe gebracht hat, noch nie aber gegen den verbrecherischen Gebrauch zur Anwendung kam, den das Gesetz unterdrücken sollte.

Der Herr Reichsgerichtsrath möchte ein Mittel gegen die sozialen Gefahren, eine Art gesellschaftlichen Sprengstoffgesetzes, das aber nicht mehr den Unrechten treffen soll. Er hält es für demoralisierend, daß es gestattet sein solle, alle Grundlagen des heutigen Staates als „Vergewaltigungen des einzig berechtigten Standes der Arbeiter hinzustellen, und das, was uns heute als Verbrechen gilt, als geeignete . . . Mittel dargestellt zu sehen, um zur Glückseligkeit zu gelangen." Die bestehende Gesetzgebung genügt nicht (!) den ruhigen, vernünftigen Arbeiter vor den Vergewaltigungen streiklustiger Genossen oder auch nur gegen die Besteuerung zu Parteizwecken zu schützen: diesen schauerlichen Zustand, in dem „ein Theil der Staatsbürger die bestehenden Zustände als gänzlich verfehlt, als moralisch unhaltbar, als von der Mehrheit der Minderheit (!) gewaltsam und rechtswidrig auferlegt darstellt, und dieser Minderheit das Recht beilegt, gewaltsam ihre Utopien zu bestehenden Zuständen zu machen, der Mehrheit also Gesetze aufzuerlegen." Die Pflicht der Minderheit, sich der Mehrheit zu fügen, sucht also Herr Stenglein gegen die Sozialdemokratie — er spricht von Anarchismus, weiß aber mit bekannter Geschwindigkeit ohne Hexerei dafür plötzlich die Sozialdemokratie, ja die gesammte Arbeiterbewegung einzusetzen — die diese Auffassung als eine nothwendige Folge der Demokratie entschieden vertritt, zu verwerthen, wollte er wirklich die Minderheit zu dieser Unterordnung verpflichten, so müßte er sich an ganz andere Adressen wenden, gegen die es dann keiner Ausnahmegesetze, sondern einfach der Vollziehung des Volkswillens bedürfte.

Doch was scheren uns die weltentlegenen Geistlosigkeiten des Herrn Oberrichters, der selbst den Waffengebrauch „jedes unreifen Burschen" auf anarchistische Beispiele und Lehren zurückführt — unsere vornehmen Duellanten und Offiziere werden sich das schönstens verbitten — hier interessiert sein praktischer Vorschlag, der allerdings bezeichnend genug ist. Er sagt: „Merkwürdigerweise hat man bis jetzt die Unterscheidungsmerkmale (zwischen strafbaren und erlaubten Handlungen) stets auf objektivem (sachlichem) Boden zu finden gesucht, während man doch subjektive (persönliche) Bestrebungen treffen wollte. . . . Das gefährliche ist die Tendenz, der die Worte dienen, und die entsprechende Gelegenheit, sie auszusprechen. Deshalb lege man die Entscheidung in die subjektive Seite der Handlung."

Das wird durch etliche Beispiele erläutert, die die Harmlosigkeit gewisser Handlungen, wie Religionsschmähung (auch Majestätsbeleidigung?), wenn von gesinnungstüchtigen Personen begangen, darthun sollen. Andererseits aber ist dem Juristen, der hier das Wort führt, selbst das Erforderniß der Beschimpfung eine zu enge Schranke. Eine Umsturzvorlage könnte nach ihm die Strafbestimmung des § 266 St.-G.-B. folgendermaßen umgestalten:

„Wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche um den religiösen Sinn anderer zu untergraben oder zu vernichten, beschimpft oder herabwürdigt, wird ꝛc."

Man begreift, daß dagegen die Umsturzvorlage noch ein zuverlässiges, gegenüber solchen Kautschukparagraphen stählernes Recht schaffen wollte. Wir würden dann lieber der Einfachheit halber an den Schuß der allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzbuchs den Satz stellen:

„Alle nachbezeichneten Handlungen können nach dem Ermessen des Richters auch straffrei bleiben, wenn der Thäter kein Sozialdemokrat ist. Alle nicht strafbaren Handlungen können mit Strafe belegt werden, wenn ein Sozialdemokrat sie verübt."

Das wäre kurz und ehrlich und würde unserem höchsten Gerichtshofe manche peinliche Mühe ersparen. Das Volk wüßte dann auch noch deutlicher, woran es mit seiner Justiz, wie die „Mehrheit" sie der „Minderheit" auferlegt, hielt. Bezeichnend aber ist es, daß ein Mitglied des deutschen Reichsgerichts, der höchsten dem Rechte geweihten Behörde des Reichs, den Vorschlag der Tendenzgesetzgebung und Tendenzrechtsprechung ganz unverhüllt zu machen wagt. Das erklärt manches.

Sollte es wohl der Begrüßungsartikel für das Wirken des Reichsgerichts im neuen Palaste sein?

Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie.

Breslau, den 6. Oktober 1895.

Im Saale zum „Deutschen Kronprinzen" trat Sonntag Abend der diesjährige sozialdemokratische Parteitag zusammen. Es ist seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes der sechste Kongreß der Partei.

Obwohl Breslaus geographische Lage einem deutschen Kongreß nicht günstig ist, sind die Delegirten aus allen Theilen Deutschlands zahlreich eingetroffen. Bis gestern Abend waren bereits 215 Delegirte und Abgeordnete beim Bureau gemeldet. Der Vorstand ist selbstverständlich in corpore vertreten, Bebel, Singer, Liebknecht und Auer waren schon seit gestern hier anwesend, ebenso auch die Mitglieder der auf dem letzten Parteitag in Frankfurt a. M. gewählten Agrarkommission, auch die Reichstagsfraktion ist fast vollzählig erschienen.

An der Spitze des Lokalkomitees stehen der frühere Abgeordnete Bruhns und der Schriftsteller Bruno Geiser.

Das Versammlungslokal ist festlich dekorirt. Das Podium, die Rednertribüne und die Gallerie sind roth drapirt und mit Guirlanden geschmückt. Von der Gallerie gegenüber der Rednertribüne sieht ein wohlgetroffenes, von einem Lorbeerkranz umgebenes Kreideporträt von Friedrich Engels auf die Delegirten herab. Ueber dem Podium leuchtet das Mahnwort Karl Marx's „Proletarier aller Länder vereinigt Euch" hell in den Saal. Eine große Anzahl Sinn- und Denksprüche zieren die Rampen der Gallerie, auf denen ein zahlreiches Zuhörerpublikum Platz genommen hat.

Im Saale längs dem Podium für das Bureau sind die Berichterstatter placirt. Etwa drei Dutzend Vertreter der Presse sind erschienen, der dritte Theil unter ihnen sind Ausländer. Die belgische, die englische und österreichisch-ungarische Presse sind vertreten, besonders zahlreich sind französische Journalisten anwesend.

Die Vorversammlung wurde durch ein Begrüßungslied, welches vom Breslauer Arbeitersängerbund vorgetragen wurde, eingeleitet.

Dann begrüßte Bruhns-Breslau im Namen der sozialdemokratischen Partei Breslaus die anwesenden Delegirten. Redner giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Parteitag dem Parteileben Breslaus neuen Ansporn geben wird. Die Arbeiterschaft sei in Breslau nicht weich gebettet, der größte Theil der Arbeiterschaft folge schon der rothen Fahne und der Zeitpunkt werde nicht fern sein, wo die ganze Arbeiterschaft Breslaus der Sozialdemokratie angehören werde. Redner schließt mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmt.

Liebknecht eröffnete darauf den Parteitag mit einer längeren Ansprache. Er führt etwa Folgendes aus: Breslau ist die Stadt, in der Ferdinand Lassalle geboren, der die moderne Arbeiterbewegung in Fluß gebracht hat, hier ruhen noch andere Vorkämpfer des Proletariats, Reinders, Kayser und Kräcker. Breslau ist aber auch die Hauptstadt derjenigen Provinz, in der sich der erste Klassenkampf abgespielt hat, ich meine den Weber-Aufstand vor nunmehr 51 Jahren.

Der Kampf, der Heine zum größten Revolutionsliede, dem „Weberliede" begeistert hat, der Kampf dem wir auch Freiligrath's unsterbliches Gedicht „Rübezahl" zu verdanken haben. Der Same des Kommunismus hat hier zuerst Boden gefaßt. Mitte der vierziger Jahre war hier die sogenannte Kommunisten-Verschwörung entstanden. Die Verfolgungen von Schlöffel, Reichenbach und Wander sind noch in Aller Erinnerung, der Same des Kommunismus ist in Schlesien nie erstickt worden. Am 19. Juli 1848 wurde hier schon der Antrag gestellt, an der hiesigen Universität einen Lehrstuhl für den Sozialismus zu errichten. Nees von Esenbeck war der damalige Vorkämpfer unter den Männern der Wissenschaft. Es ist kein Zufall, daß Ferdinand Lassalle gerade hier in Breslau geboren ist. Was Lassalle war, brauche ich nicht erst hervorzuheben. Wir treiben keinen Personenkultus. Er hat Fehler gemacht, er hat sich in politischer Hinsicht oft getäuscht. Das eine Verdienst wird ihm aber Niemand bestreiten, daß er die moderne Arbeiterbewegung in Fluß gebracht. Als Lassalle lebte, war die Partei nicht groß. Das liegt daran, daß unsere Partei in den Verhältnissen wurzelt, nicht von einer Person oder einem Genie abhängig ist, Niemand von uns wird sich mit Lassalle als Agitator vergleichen wollen, und doch zählt die Partei heut Millionen Anhänger. Die Partei war damals so klein, weil der Kapitalismus seinen verheerenden Rundlauf durch Deutschland noch nicht angetreten und vollendet hatte. Es sind die Verhältnisse, die uns stark gemacht haben. Die Geschichte unserer Partei ist eine Geschichte ununterbrochener Verfolgungen. Was haben diese Verfolgungen den Machthabern genützt? Die Wurzeln der Partei sind nur noch fester eingeschlagen, die Partei ist im Sturm erprobt und zu einer Kampfpartei erzogen worden und wir können dafür nur dankbar sein. Im vorigen Jahre drohte die Umsturz-Vorlage. Wir sagten: Wohlan, sie mag kommen. Es mag wohl Manches und Mancher umgestürzt werden, die Sozialdemokratie wird sie nicht umstürzen. (Bravo). Die Vorlage hat kläglich Schiffbruch gelitten, man hätte eben der Sozialdemokratie Kultur und Wissenschaft zerstören müssen. Man scheint aber im Kampfe gegen die Sozialdemokratie mit den Grundlagen des heutigen Staates nicht auskommen zu können. Man will das allgemeine Wahlrecht beseitigen. Nun, das allgemeine Wahlrecht wird von der deutschen Sozialdemokratie vertheidigt werden. Lassalle, der Mann, der hier auf dem jüdischen Friedhofe begraben liegt, hat der Arbeiterschaft den Nutzen des allgemeinen Wahlrechts als Waffe gelehrt und sie wird sie sich nicht nehmen lassen.

Jetzt fängt eine neue Bewegung gegen die Sozialdemokratie an. Unter dem Schutz der höchsten Staatsmacht werden wir beleidigt, mit Hülfe der höchsten Staatsmacht wird zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgefordert. Wir stehen zu hoch, als daß die Kothwürfe, von welcher Seite sie auch kommen mögen, an uns heranreichen können. Und wenn man uns den Kampf anbietet, so stehen wir unsern Mann, so kämpfen wir. Die Macht des Reichs ruhe nicht in den Bajonetten, sie beruhe auf dem allgemeinen Wahlrecht, und wenn die Arbeiterklasse zum allgemeinen Wahlrecht steht, so gehe entweder das Reich unter, oder die Sozialdemokratie siegt. Die Sozialdemokratie wird siegen.

Was nun den diesjährigen Congreß anlangt, so wird ihn das Agrarprogramm am meisten beschäftigen. Die Gegensätze sind schon scharf aufeinander geplatzt, die Partei hat dadurch aber nur gewonnen, es wird nur Klarheit geschafft.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß auch der Breslauer Congreß die Partei stärken möge für die neuen Kämpfe, die uns erwarten Für uns ist die Logik der Thatsache, die über aller Kraft eines einzelnen Menschen steht, und ständen ihm auch hunderttausend Bajonnette zur Verfügung. Je wilder der Kampf, je rascher das Ende. Daß wir siegen, das wissen wir. (Lebhafter minutenlanger Beifall.)

Zu Vorsitzenden werden hierauf Singer und Segitz-Fürth gewählt.

Singer übernimmt den Vorsitz und widmet dem Andenken des verstorbenen Friedrich Engels einen warmempfundenen Nachruf. Die Versammlung erhebt sich zu Ehren des verstorbenen Vorkämpfers von den Sitzen.

Zu Schriftführern wurden Bruhns-Breslau, Feldmann-Langenbielau, Fischer-Dresden, Coblenzer-Berlin, Frau Geiser-Breslau und Stolten-Hamburg gewählt.

Nachdem noch die Wahlprüfungskommission gewählt worden, wurde die Geschäftsordnung in der von der Parteileitung vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Es wird noch die Reihenfolge der Gegenstände der Tagesordnung festgestellt. Singer schließt darauf die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Breslau, den 7. Oktober 1895.

1. Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Die heutige erste Geschäfts-Sitzung wird um 9 Uhr von Singer eröffnet und geleitet.

Die Tagesordnung ist wie folgt festgestellt:

1. Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Emanuel Wurm.
4. Die Vorschläge der Agrarkommission zum Parteiprogramm. Referent: Dr. M. Quarck-Frankfurt. Korreferent: Max Schippel.
5. Die Maifeier 1896. Berichterstatter: A. Bebel.
6. Der internationale Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongreß in London 1896. Berichterstatter: A. Bebel.
7. Schwitzsystem, Hausindustrie und Arbeiterschutz. Berichterstatter: J. Timm.
8. Anträge zum Parteiprogramm und Organisation.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl der Parteileitung.

Singer begrüßt die anwesenden ausländischen Delegirten Dr. Ellenbogen-Wien und Dr. Stinka-Budapest. Begrüßungs-Telegramme sind von einigen englischen Arbeiter-Föderationen, den italienischen, französischen, bulgarischen und rumänischen Genossen eingetroffen.

Dr. Ellenbogen-Wien bringt die Grüße der den deutschen Genossen eng verbundenen österreichischen Sozialdemokraten und schließt mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, das vom Parteitag stürmisch aufgenommen wird.

Nach Eintritt in die Tagesordnung giebt Pfannkuch-Berlin den Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes. Der Partei-Vorstand betrachte die ausgedehnteste Agitation als seine Haupt-Aufgabe, für die er 52,000 Mk. ausgegeben habe. Es seien auch schöne Erfolge erzielt worden; der heißumstrittene 6. sächsische Wahlkreis sei den Antisemiten abgenommen worden. Es werde sich in Zukunft noch mehr zeigen, daß die antisemitische Bewegung der sozialdemokratischen kein Hinderniß mehr sein werde. Andererseits sei freilich der Wahlkreis Lennep-Mettmann verloren gegangen, die Stimmenzahl habe aber auch hier zugenommen. Schwer zu befriedigen seien die zu weitgehenden Wünsche der Parteigenossen im Lande nach persönlicher Unterstützung für die Agitation gewesen. Die Parteigenossen im Lande seien mit Durchschnittsrednern nie zufrieden, sie wollten überall Reichstagsabgeordnete und von diesen eigentlich immer die Genossen Auer, Bebel, Liebknecht und Singer, allenfalls noch Grillenberger oder Vollmar. (Heiterkeit.) Einen im Allgemeinen guten Stand zeige die Parteipresse, immerhin seien zur Unterstützung aus Parteimitteln 43,000 Mark nöthig gewesen. Die Mahnung, Neugründungen, deren Rentabilität nicht sicher sei, zu unterlassen, sei in letzter Zeit ziemlich beherzigt worden. Er

halte es für seine Pflicht, bei der drohenden Gefahr neuer Ausnahmegesetze die Partei nicht mit Eigenthum zu belasten, das schließlich in Polizeihände fallen könnte. Bedauerlich sei die geringe Unterstützung, die der „Sozialdemokrat" gefunden habe. Der Parteivorstand habe den Antrag stellen müssen, den „Sozialdemokrat" mit Jahresschluß eingehen zu lassen. Was die für das Gebiet der Presse gestellten Anträge anlange, so seien alle sehr gut gemeint, wie die Anträge auf Errichtung eines Correspondenzbureaus, auf Organisirung eines Nachrichtendienstes, aber zur Zeit seien sie noch nicht erfüllbar. Vom 1. Berliner Wahlkreis sei der Antrag gestellt, das allgemeine Wahlrecht mehr in den Vordergrund der Agitation zu stellen. Die Parteileitung sei sich dieser Pflicht bewußt, schon im Hinblick auf die österreichische Bruderpartei, die ja gegenwärtig im Kampfe ums Wahlrecht stehe. Redner geht dann auf die zahlreichen, zum Titel „Parlament" gestellten Anträge ein, die beweisen, daß die Parteigenossen den Werth des Parlamentarismus nicht unterschätzen und das rege Interesse an der parlamentarischen Thätigkeit dokumentiren. Die Anträge gingen aber doch fast alle zu weit, die Reichstagsfraktion könne nicht Alles möglich machen. Was die Fraktion erreichen könne, werde sie thun, Unmögliches könne sie nicht leisten. Solche Anträge wären am Platze, wenn die Fraktion schon irgend ein al etwas unterlassen hätte, was zur Förderung der Partei-Grundsätze nothwendig war. Das werde wohl aber Niemand behaupten wollen. Der Parteitag möge kritisiren, der Vorstand werde nach der Auseinandersetzung weiter seine Schuldigkeit zu thun versuchen. (Beifall.)

Meister-Hannover giebt den Bericht der Kontroleure. Der „Vorwärts" habe erfreulich prosperirt. Die Geschäftslage des „Sozialdemokrat" sei ungünstig und habe den Antrag gezeitigt, dieses Blatt eingehen zu lassen Die Hoffnungen, die in Köln gehegt wurden, hätten sich nicht erfüllt, namentlich die Hoffnung, die auf die im Ausland lebenden Genossen gesetzt waren, seien in keiner Weise erfüllt worden. Die Beamten des „Vorwärts" und der Parteibuchhandlung hätten ihre Schuldigkeit in vollstem Maße gethan. Beschwerden seien nur wenige eingegangen, sie seien meistens lokaler Natur; eine Beschwerde der Karlsruher Genossen gegen den Genossen Auer sei aber berechtigt gewesen. Die Korrespondenz Auers sei in einem Tone geführt worden, der entschieden zu mißbilligen sei und die Kontroleure machten dem Gesammtvorstand für den unanständigen Ton Auers verantwortlich. Die Karlsruher Genossen hätten zuerst geglaubt, die Briefe enthielten nur die persönliche Meinung eines Bayern. (Heiterkeit.) Auer habe aber geschrieben, er vertrete ganz die Meinung des Gesammtvorstandes. Auer möge ja durch die letzten Vorkommnisse im Ländchen Baden gereizt gewesen sein, ein solch grober Ton gegen Parteigenossen sei aber entschieden zu mißbilligen. Im Uebrigen bitte er, dem Parteivorstand Decharge zu ertheilen.

Es werden nun eine Anzahl Anträge zur Diskussion gestellt, die sich vornehmlich auf die Leitung der Parteigeschäfte, auf die Herstellung der Parteidrucksachen, auf die Nacht- und Accordarbeit in den Parteigeschäften 2c. beziehen.

Die Parteigenossen des 1., 2., 3., 4. und 6. Berliner sowie des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow beantragen: Parteibeamte und Redakteure, die Reichstagsabgeordnete sind und deren Gehalt 3000 Mk. und darüber beträgt, erhalten keine Diäten.

Die Parteigenossen in Altona beantragen: Personen, die in der Partei ein auskömmlich besoldetes Amt bekleiden dürfen einen zweiten besoldeten Posten in der Partei nicht annehmen, und dürfen auch für weitere Geschäfte, die sie für die Partei besorgen, Ansprüche auf Extrahonorirung nicht machen.

Hülle-Erfurt stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung bezüglich dieser beiden Anträge.

Dieser Antrag findet genügende Unterstützung.

Hülle-Erfurt bittet um Annahme seines Antrages. Die Anträge seien im vorigen Jahre schon mit großer Majorität abgelehnt worden, man solle der Welt das beschämende Schauspiel ersparen, daß ein sozialdemokratischer Parteitag über Lohnreduktionen verhandelt.

Timm-Berlin spricht gegen die Tagesordnung. Die in den Anträgen aufgestellte Forderung sei nur berechtigt.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Die Parteileitung (Vorstand und Kontroleure) beantragen: Das Erscheinen des Wochenblattes „Der Sozialdemokrat" vom 1. Janr. 1896 ab einzustellen.

In der Diskussion wendet sich Berard-Hamburg gegen den Antrag auf Abschaffung der Akkord- und Nachtarbeit im „Hamburger Echo". Die Akkordarbeit im Buchdruckergewerbe nehme eine Ausnahmestellung ein. Die Buchdrucker seien sich selbst nicht einig über die Frage, was vorzuziehen sei, Akkordarbeit oder bestimmter Lohn. Er sei der Meinung, daß das gewisse Geld die Lebenshaltung der Setzer herabdrücke. Die Sozialdemokratie habe aber die Pflicht, die Buchdrucker in ihrem Bestreben, eine bessere Lebenshaltung zu erzielen, zu fördern. Die Nachtarbeit im „Hamb. Echo" sei nothwendig, um den Lesern noch am folgenden Tage den Reichstagsbericht bieten zu können.

Rietz-Berlin spricht für Abschaffung der Akkordarbeit, die Nachtarbeit in Zeitungen abzuschaffen, sei nicht überall möglich. Die Frage der Besoldung der Parteibeamten müsse endlich einmal zur Regelung kommen. Sparsamkeit sei geboten.

Sonnenburg-Friedrichshagen tritt für Erhaltung des Zentral-Wochenblatt „Sozialdemokrat" ein. Was die Besoldung der Parteibeamten anlangt, so sei er der Meinung, daß Jemand, der 3000 Mk. Gehalt beziehe und in Berlin wohne, auf die Parteidiäten gut und gern verzichten könne. Es sei ferner zu untersuchen, ob der Unternehmergewinn, den die Druckerei Bading durch die Parteidrucksachen erziele, nicht zu hoch sei. Die Akkordarbeit sei ungesund und deshalb verwerflich.

Timm-Berlin hat an der Redaktionsführung des „Vorwärts" Manches auszusetzen. Im Streite Bebel-Vollmar hätte der „Vorwärts" seine eigene Meinung sagen müssen, ebenso in der Agrarfrage. Der „Vorwärts" habe sich auf das Citiren fremder Stimmen beschränkt. Das vertrage sich nicht mit der Stellung eines führenden Parteiorgans. Redner beklagt den schlechten finanziellen Stand des „Sozialdemokrat", er möchte aber den Antrag auf Einstellung des Erscheinens nicht befürworten. Vielleicht könne der Etat etwas eingeschränkt werden.

Baerer-Harburg nennt die Anträge der Berliner auf Gehaltsreduktion Mist, die Berliner Parteigenossen sollten sich schämen, solche Anträge zu stellen. Im Interesse der gesammten Partei bitte er um Ablehnung der Anträge, die eine Schmach für die Partei bedeuten.

Der Vorsitzende Singer will die besonders kräftigen Ausdrücke des Vorredners nicht rügen, aber gegen die letzte Aeußerung Verwahrung einlegen.

Geck-Offenburg bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinungsäußerung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesammtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt (Bebel ruft: Ist nicht der Fall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gebrauchen starke Dialektausdrücke und können etwas vertragen. Aber ein Echo zu dem, was da aus dem Grunewald zum Schwarzwald geschallt ist, konnten wir nicht geben. (Große Heiterkeit.) Auer ist ein sehr verdienter Genosse und wir wollen den Fall nicht so erledigen, daß wir nun unsern Auer der ethischen Gesellschaft überweisen oder ihm „Knigges Umgang mit Menschen" zu lesen geben (Heiterkeit), sondern wir wollen dem Vorstand sagen: „Kümmert Euch um die Korrespondenz, bestimmt, daß jeder Brief mehrere Unterschriften tragen muß und laßt einen solchen Ton künftig nicht mehr zu. (Beifall.)

Koenen- und Förster-Hamburg sprechen sich gegen die Beseitigung der Nachtarbeit im „Hamburger Echo" und im „Vorwärts" aus.

Fischer-Berlin stellt als Leiter der Parteibuchhandlung fest, daß diese ihre Verlagswerke so weit es nur möglich war, in Parteigeschäften habe drucken lassen. Technische Schwierigkeiten ständen aber manchmal entgegen. Die Abschaffung der Nachtarbeit würde den „Vorwärts" ruiniren. Auch die Abschaffung der Akkordarbeit richte sich gegen die Wünsche derjenigen, die man damit beglücken will. Die Buchdrucker wollen von der Abschaffung der Akkordarbeit nichts wissen. In der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sei die Akkordarbeit nicht abzuschaffen. Was nun die Besoldungsfrage anlangt, so bin ich ja auch Parteikuli und will ein paar Worte dazu sagen. Mir wäre es auch lieber, wenn ich der Sohn Rothschilds wäre und könnte der Partei ganz unentgeltlich dienen. Ich wäre dann vielleicht auch angesehener, denn der Respekt vor dem wirklichen oder vermeintlichen Geldsack ist in der Partei noch ziemlich groß. Ich freue mich aber, daß hier nicht ein gleicher Ton in dieser Frage angeschlagen worden ist, wie in gewissen Berliner Versammlungen. Was ist dort nicht an Insinuationen geleistet worden: Es scheine, daß die Parteibeamten mehr auf die Diäten, als auf das Partei-Interesse sähen. Ich, für meine Person, lehne es ab, von Arbeitergroschen zu leben. Ebensowenig, wie Sie Ihren Arbeitslohn als Prinzipalsgeschenk ansehen, ebensowenig sehe ich meinen Lohn als geschenkte Arbeitergroschen an. Sie haben zu prüfen, ob meine Arbeit meinen Lohn werth ist, wenn nicht, haben Sie mich zu entlassen. Die ganze Frage ist für mich keine Geldfrage. Wenn die Partei die Diäten-Last nicht tragen könnte, würde ich noch mehr persönliche Opfer bringen. Die Partei ist aber leichter in der Lage, Opfer zu bringen, als der Einzelne Die Konsequenz der Anträge sei die: Jeder Parteigenosse, der über 3000 Mk. Einkommen habe, habe den Mehrbetrag abzuliefern, eine andere Konsequenz die, daß die Inhaber von Reichstagsmandaten dafür an ihrem Geldbeutel gestraft werden. Sie müssen die Frage auch von der Seite der Ehrenfrage betrachten. Ich sage Ihnen ganz aufrichtig, ich würde mir diese Angriffe auf die Dauer nicht mehr gefallen lassen. Ich trete dann lieber in die Reihen der Parteigenossen zurück, die nur das Recht haben, zu räsonniren und bedanke mich dafür, als Zielscheibe jeder dummen Bemerkung zu dienen. (Lebhafter Beifall.)

Keil-Mannheim berichtet über den Streit der badischen Genossen in Sache Dr. Rüdt's. Er beschuldigt den Dr. Rüdt der Schurkerei, in der „Karlsruher Zeitung" die Beschuldigungen des Betruges gegen Dreesbach veranlaßt zu haben. Rüdt sei zwar von seinen Gesinnungsgenossen zum Parteitage gewählt worden, er sei aber nicht hergekommen, da er, wie er sagte, mit dieser Gesellschaft längst gebrochen habe. Der Parteitag solle noch einmal erklären, daß Rüdt mit der Partei nichts gemein habe.

Dann tritt die Mittagspause ein.

Aus Paris ist der französische Kammer-Deputirte Duc-Quercy eingetroffen, außerdem wohnt Pfarrer Naumann-Frankfurt a. M. den Verhandlungen des Parteitages bei.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Einen genialen Vorschlag macht in den „Alldeutschen Blättern" der Vorsitzende des Alldeutschen Vereins, Prof. Hasse, der nebenbei auch Reichstagsabgeordneter für Leipzig-Stadt und Vorsteher des dortigen statistischen Amtes ist. Herr Hasse will die Waisenkinder und die unehelichen Kinder unserer Großstädte künftig in der Provinz Posen untergebracht wissen, um diesen Landestheil mit zum Theil nichtdeutscher Bevölkerung gänzlich zu germanisieren. Er schreibt:

„Die Zahl der deutschen Bauern, die durch die Ansiedelungs-Kommission nach dem Osten gezogen wird, ist ungenügend. Wir meinen nun, daß ein solches Menschenmaterial in den Waisenkindern und in den unehelichen Kindern der großen Städte vorhanden ist, und daß es im wohlverstandenen Interesse dieser Kinder, der sie entsendenden großen Städte und der sie empfangenden deutschen Gemeinden des Ostens, also im Interesse der Gesammtheit liegen würde, eine „Kolonisierung" im großen Maßstabe durch diese Kinder vorzunehmen. Die zur Verfügung stehenden Mengen sind erschreckend groß. In 47 deutschen Städten mit über 50 000 Einwohnern werden jährlich mehr als 30 000 uneheliche Kinder geboren. Wenn nun auch ihre Zahl durch den Tod schon in den ersten Jahren auf mehr als die Hälfte zusammenschmilzt, so stehen doch allein in den großen Städten des Westens und Nordens von Deutschland jährlich mindestens 5000 uneheliche Kinder zur Entsendung nach dem Osten zur Verfügung. Hierzu kommen vielleicht noch gegen 1000 eheliche Waisenkinder. Numerisch betrachtet, müßte deßhalb eine derartige Maßregel durchaus als wirksam anerkannt werden. Auch finanziell ist sie ausführbar. Leipzig zahlt in seinen Waisenkolonien jährlich 120 Mk. Pflegegeld für ein Waisenkind. Die Reisekosten nach dem Osten sind nicht belangreich, wenn man gemeinsame Reisen veranstaltet. Je weiter östlich, um so kaufkräftiger sind 120 Mk. Die Bauern in Posen und Westpreußen werden also ein Pflegegeld von 120 Mk. noch annehmbarer finden, als die Bauern im Königreich Sachsen. Vielleicht finden sich die entsendenden großen Städte auch bereit, den Schulen der Kolonien Zuschüsse zu gewähren, die dem eigenen Aufwande für Volksschulen entsprechen, der für das Kind und Jahr in unseren großen Städten zwischen 27 und 68 Mk. schwankt. Um die Maßregel national wirksam zu machen, ist an folgenden Grundsätzen festzuhalten: Die Kinder sind nur in solchen Gemeinden unterzubringen, die ganz oder vorwiegend deutsch sind und die Volksschulen mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache haben. Die Kinder sind in solchen Familien und Gemeinden unterzubringen, die ihrer Konfession entsprechen. Sache der privaten Vereinsthätigkeit würde es sein, an den Mittelpunkten des Verkehrs kleine Waisenhäuser zu errichten, die als Herbergen und Zufluchtsorte bei Orts- und Pflegewechsel dienen. Vielleicht übernimmt die letztere dankbare Aufgabe die deutsche Reichsfechtschule, ein Verein, der sich die Errichtung von Reichs-Waisenhäusern zur Aufgabe gestellt hat, oder der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken."

Eine andere als erheiternde Wirkung wird der Vorschlag kaum hervorzurufen vermögen. Die „Köln. Volksztg." hat Recht: im nationalliberalen Lager scheint der Karneval angebrochen zu sein.

Stöcker und seine Getreuen. In der Freitag Abend in der „Tonhalle" in Berlin stattgehabten Versammlung der Christlich-Sozialen sprach Stöcker über die Mittelparteien und die Sozialdemokratie. Stöcker ging zunächst auf die Affäre seines Briefes an Hammerstein ein und bezeichnete die Veröffentlichung als eine Unsittlichkeit (der sittliche Stöcker!) die ganze Bewegung als Komödie. Er habe nicht die Empfindung, daß er sich vertheidigen, sondern, daß er seine Gegner angreifen müsse (kluge Taktik). Den Sturz Bismarcks habe er nie beabsichtigt! Er wurde häufig von Zwischenrufen unterbrochen. Betreffs der Sozialdemokratie führte er aus, daß sie nicht mehr mit den von den Mittelparteien vorgeschlagenen Methoden bekämpft werden könne, sondern nur auf der Basis der von den Christlich Sozialen verfolgten Bestrebungen. Der württembergische Abgeordnete Schrempf erklärte sodann, daß der Fall Hammerstein besonders in Süddeutschland sehr peinlichen Eindruck gemacht habe. Als sich Dr. Böckel zum Wort meldete, wurde ihm dasselbe verweigert. Dem hieraus entstehenden Tumult wurde ein Ende gemacht durch Annahme einer Resolution, deren erster Absatz die Ausnahmegesetze bekämpft und einen Erfolg im Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen nur von jenen Parteien erwartet, die an die gründliche Aenderung der heutigen Zustände herantreten, aus denen die Sozialdemokratie hervorgegangen ist. Der zweite Absatz wendet sich gegen die Mittelparteien und die von denselben geförderte Klassenpolitik, während der dritte und letzte gegen jedes Zugeständniß an die Mittelparteien Seitens der Christlich-Sozialen ist und eine große Organisation der Berufsstände als für das Volkswohl unerläßlich betrachtet. — Echt christlich-sozial. Mit Lärmkomödien, wie sie begann, endet die Berliner Bewegung.

Der Kampf gegen das konservative „Katalinarierthum" befindet sich nach der „Nation" gegenwärtig erst im allerersten Anfang. Herr v. Hammerstein, so heißt es in der „Nation", hat die große Güte gehabt, beinahe zweihundert Briefe — es fehlen an dieser runden Summe nicht gar viele — für die Charakterisirung seiner Freunde und Parteigenossen aus seinem Archiv freundlichst abzusplittern; diese Briefe werden voraussichtlich im Reichstage ihre Rolle spielen und bis dahin bleibt den betreffenden Briefschreibern eine Frist, sich reiflich zu überlegen, was sie seiner Zeit an Loyalität und Patriotismus in ihren Briefen deponirt haben.

Wegen Majestätsbeleidigung war der Reichstagsabgeordnete Genosse Herbert in Stettin zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Dies Urtheil war vom Reichsgericht wegen Vereidigung eines der That verdächtigen Zeugen — des früheren Faktors Biela — aufgehoben worden. In der zweiten Verhandlung kam das Stettiner Landgericht zur Freisprechung, weil es in der betreffenden Notiz überhaupt keine Majestätsbeleidigung erblickte.

Auf dem letzten Loche pfeift offenbar der Freisinn in Sachsen. Wenigstens muß man das aus einem Jammerruf schließen, den der freisinnige Kandidat für Dresden, Direktor Schmidt, der zugleich Vorsitzender des dortigen Freisinnigen Volksvereins ist, erläßt, der nicht mehr oder nicht weniger wie eine offene Bankerotterklärung ist. Es heißt in dem betreffenden Schreiben:

„Die Betheiligung der Mitglieder an den Wahlversammlungen (zum Vortrage des Herrn Rektor Kopsch waren ca. 30, zu dem des Herrn Dr. Wiemer ganze 13 Mitglieder erschienen), wie zu den Klubabenden ist eine so geringe, daß ich mich zu der Erklärung veranlaßt sehe, daß, wenn sich dies bei der am Mittwoch, den 2. Oktober, An der Herzogin Garten Nr. 2 (Lehmanns Restaurant) stattfindenden Versammlung wiederholt, ich gezwungen bin, nicht nur meine Landtagskandidatur zurückzuziehen, sondern auch das Amt des ersten Vorsitzenden des Freisinnigen Volksvereins niederzulegen. Ich kämpfe nicht für mich, sondern für die Partei. Die politische Arbeit erdrückt mich fast, geschäftlich werde ich schwer geschädigt, denn Niemand unterstützt mich. Wenn da die Parteigenossen nicht das kleine Opfer bringen, in die Versammlungen zu kommen (pekuniäre Unterstützung fehlt nahezu ganz — die Sammlung für die Landtagswahlen ergab von circa 250 Mitgliedern ganze — 148 Mark), so muß ich leider darauf verzichten, die so erfolgreich begonnene freisinnige Bewegung in Dresden weiter zu führen. Dann schläft der „Freisinnige Volksverein" mit dem „Deutschfreisinniger Verein", der Antisemitismus erhebt aufs Neue sein Haupt; wir kommen zu Verhältnissen in Dresden, wie sie in Wien jetzt zu Tage getreten sind."

Der Erfolg dieses Angstgestöhns war, daß wirklich einige freisinnige Mannen mehr sich in der Versammlung einfanden. Den letzten Todeskampf des Freisinns in Sachsen wird das nicht hindern.

Der bekannte „urteutsche" Agitator Liebermann von Sonnenberg blickt heute noch ehrfurchtsvoll zu seinen früheren Herrn und Meister Freiherrn v. Hammerstein auf. So hat er in seinem Organ, den „Deutsch-Sozialen Blättern" die Unverfrorenheit, ihm die folgende verdeckte Huldigung mit auf den Weg über das große Wasser zu geben:

„Wie Alles bei diesem außerordentlichen Menschen haben auch seine Vergehen einen Zug in's Großartige."

Liebermann gehörte, wie zum besseren Verständniß der „Vorwärts" bemerkt, zu den eifrigsten Kreaturen Hammerstein's. Beide arbeiteten einander politisch immer in die

Hände. Stöcker und Leuß zählten, wie Prediger Witte schon 1890 schrieb, ebenfalls zu dieser Koterie. Hammerstein galt in diesen Kreisen ernsthaft als designirter Reichskanzler; welche Stellung Stöcker einnehmen sollte, ist leider nicht ganz klar geworden, aber jedenfalls eine hervorragende. Liebermann pflegte bereits eifrig allerlei Stellen für dies Ministerium in spe an seine urteutsche christlich-deutsch-soziale Hammelheerde zu vertheilen. — Leider ist nun der schöne politische Traum zerstört!

Die Anwendung der Untersuchungshaft bei Preßvergehen, wie sie bei den Anklagen gegen die sozialdemokratischen Redakteure zur Regel geworden ist, wird selbst von der nationalliberalen „Köln. Ztg." entschieden gemißbilligt. Sie bemerkt dazu: „Es ist tadelnswerth, wenn man, im Widerspruch mit dem Gesetze, die Untersuchungshaft auch bei einer Handlung, die strafrechtlich ein Vergehen bildet, ohne Weiteres anwendet. Die Majestätsbeleidigung ist ein Vergehen, und bei Vergehen erfordert die Annahme des Fluchtverdachts stets eine ausgiebige Begründung. Wenn man zu dieser die Höhe der muthmaßlich zu erkennenden Strafe benützen will, so entsteht das Bedenken, daß das Gericht, welches über Anordnung oder Aufhebung der Untersuchungshaft im Beschwerdewege zu entscheiden hat, im Allgemeinen über die Höhe der voraussichtlichen Strafe kein sicheres Urtheil besitzt, also auf Grund einer unsicheren Vermuthung seine Entscheidung abgiebt. Mit Rücksicht hierauf muß die Begründung des Fluchtverdachts durch die Höhe der Strafe auch dann als höchst gewagt bezeichnet werden, wenn der dem Richter offengelassene Strafrahmen minder weitgeht, als es bei der Majestätsbeleidigung thatsächlich der Fall ist."

Zu den badischen Landtagswahlen. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei in Mannheim hat, abweichend von der allgemeinen Taktik der Partei in Baden, beschlossen, den Mannheimer Zentrumswählern Wahlenthaltung zu empfehlen. Anlaß zu diesem Beschlusse gab die gehässige Haltung der freisinnigen Preßorgane gegen das Zentrum und weil man die Zentrumswahlmänner nicht in die Lage bringen will, selbst durch Nichtabstimmung zu Gunsten des nationalliberalen Kandidaten etwa den Ausschlag zu geben. Daß dadurch noch eine größere Gewähr für die Wahl unseres Genossen Dreesbach gegeben ist, dürfte die Nationalliberalen am meisten schmerzen, deren perfide Verdächtigung Dreesbach's selbst nicht durch die Hitze des Wahlkampfes zu entschuldigen ist und von jedem anständigen Menschen auf's Entschiedenste verurtheilt werden muß.

Ein theures Fürstenthum. Die finanzielle Lage des Fürstenthums Waldeck, das von Preußen auf Grund des „Accessions"-Vertrages verwaltet wird, hat sich so ungünstig gestaltet, daß, wie die „Nat.-Ztg." hört, im nächstjährigen preußischen Etat der Zuschuß Preußens um 90 000 Mk. hat erhöht werden müssen. Bisher betrug er 310 000 Mark. — Die „Nat.-Ztg." wird wohl Recht haben. Das kleine Ländchen hat über 2 Millionen Mark Schulden und kaum 60 000 Einwohner. Beträgt der preußische Zuschuß 400 000 Mark, so kommen auf den Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 6,66 Mk. Der laufende Staatshaushalts-Etat beträgt 1 221 952 Mark.

Die „National-Zeitung" erfährt, daß die internationalen Verhandlungen über die Herabsetzung und spätere Abschaffung der Zuckerausfuhrprämien fortdauern. Die Hoffnung, zu einem positiven Ergebnisse zu gelangen, sei noch nicht aufgegeben worden, da die betheiligten Staaten, besonders Frankreich, durch die Finanzlage veranlaßt seien, auf die Beseitigung der Prämien hinzuarbeiten. — Eine wirksame Maßregel würde auch die einseitige Abschaffung der Prämien für das deutsche Reich sein, die verbunden mit einer beträchtlichen Herabsetzung der Zuckerkonsumsteuer in Folge des steigenden Verbrauchs allen Betheiligten, den Konsumenten, der Reichskasse und den Zuckerfabrikanten zu gute kommen, zugleich aber die Beseitigung der Prämien auch der übrigen Staaten beschleunigen würde. Freilich ein „revolutionärer" Gedanke, an dessen Statt durch das Betäubungsmittel erhöhter Prämien die Krise verschärft wird.

Einen Beweis von der Nothlage der Landwirthschaft lieferte der vor einigen Monaten verstorbene Zentrumsabgeordnete v. Schalscha, der bekanntlich innerhalb seiner Partei den extremsten agrarischen Standpunkt vertrat. Herr v. Schalscha, ein Schwager des Herrn von Huene, war zwar Besitzer zweier Rittergüter im Umfange von etwa 500—600 Hektar und außerdem Hausbesitzer in Breslau, litt aber trotzdem so bittere Noth, daß er für das Steuerjahr 1895/96 nur zu 21 Mark Einkommensteuer veranlagt werden konnte. Das entspricht einem Jahreseinkommen von 1500 bis 1600 Mark. Die Erbesregulirung nach seinem Tode hat nun freilich ein ganz anderes Bild von der Nothlage des Hrn. v. Schalscha ergeben. Von seinen drei Töchtern erhielt jede ein Kapitalvermögen von 90 000 Mark und sein Jahreseinkommen soll nicht 1500 bis 1650, sondern etwa — 20 000 Mark betragen haben.

Schweiz.

Sozialdemokratische Wahlerfolge. Am vorletzten Sonntag wurde in Bern der Genosse Müller, Bundesbeamter, in den Gemeinderath gewählt, in Zofingen (Kanton Aargau) der Grütlianer Morger in den Kantonsrath, desgleichen Genosse Bächler in Olten (Kt. Solothurn) in den Kantonsrath, in Grenchen (Solothurn) Gen. Guldimann in den Gemeinderath (Stadtverordneten) und Genosse Baumgartner in die Steuerkommission, in Winterthur 7 Sozialdemokraten in die 20gliedrige Steuerkommission. In letzterer Stadt wurden acht Tage vorher durch die Gemeindeversammlung 25 Sozialdemokraten in das 72gliedrige Wahlbureau und 2 sozialdemokratische Fabrikarbeiter als Geschworene gewählt. — Es geht doch vorwärts!

Lübeck und Nachbargebiete.

8. Oktober.

Bürgerliche Deputirte. Am 5. d. Mts. hat der Senat zu bürgerlichen Deputirten erwählt bei der Baudeputation: J. H. Steffen an Stelle des abtretenden Th. Pierstorff; bei der Steuerbehörde: F. Ch. Lauenstein an Stelle des abtretenden J. J. Burmester; bei der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten: K. J. F. Alm an Stelle des abtretenden H. G. B. Radbruch. Am 5. d. Mts. hat der Senat den abtretenden Dr. med. K. F. Schorer als bürgerlichen Deputirten bei der Vorsteherschaft des Allgemeinen Krankenhauses wieder erwählt.

Probefahrt. Der auf der Koch'schen Werft für die Rechnung der Oldenburg-Portugiesisch. Dampfschiffsrhederei erbaute Dampfer „Nordsee" machte am verflossenen Sonnabend seine Probefahrt, welche zur Zufriedenheit der Auftraggeber und Erbauer verlief. Nachdem die Theilnehmer an der Probefahrt auf der Rhede von Travemünde auf den zu diesem Zwecke mitgelaufenen Dampfer „Thekla" übergesetzt waren, dampfte die „Nordsee" nach einem Ostseehafen weiter. Der Dampfer ist aus deutschem Material nach den Vorschriften des Germanischen Lloyds für die Klasse 100 a/4. K. E. unter Spezialaufsicht erbaut und hauptsächlich für Fahrten in der Nordsee bestimmt. Die Hauptdimensionen sind: Länge zwischen den Steven 135′ englisch. Größte Breite 21′ englisch. Ladefähigkeit ca. 400 Tons. Maschinenkraft 150 indizirte Pferdekräfte. Es ist dies der fünfte Dampfer, welcher für obige Rhederei auf der Koch'schen Werft erbaut wurde.

Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts am 11. Oktober 1895, Vormittags 11 Uhr, werden verlesen werden: 1) das gegenseitige Testament des hierselbst am 15. Juni 1895 verstorbenen Partikuliers B. J. Th. Giffhorn und seiner Ehefrau A. C. S. geb. Hartz; 2) das Testament des in Travemünde am 22. Sept. 1895 verstorbenen Arbeiters J. H. Wilken; 3) das gegenseitige Testament des hierselbst am 2. Oktober 1895 verstorbenen Kaufmanns Chr. C. Stave und seiner Ehefrau H. Ch. B. geb. Stave.

Ueber die Haftpflicht bei Eisenbahnunfällen wird geschrieben: In neuerer Zeit haben sich die Eisenbahnunfälle sehr gehäuft, und es sind mehrfach Meinungsverschiedenheiten über die Entschädigungsfrage entstanden. Nach dem Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 haftet, wenn bei dem Betriebe einer Eisenbahn ein Mensch getödtet oder körperlich verletzt wird, der Betriebsunternehmer für den Schaden, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Getödteten oder Verletzten verursacht ist. Der Schadenersatz ist zu leisten in dem Falle der Tödtung durch Ersatz der Kosten einer versuchten Heilung und der Beerdigung, durch Erstattung des Vermögensnachtheils, den der Getödtete während der Krankheit durch Erwerbsunfähigkeit oder Verminderung der Erwerbsfähigkeit erlitten hat. War der Getödtete zur Zeit seines Todes gesetzlich verpflichtet, einem Anderen Unterhalt zu gewähren, so kann dieser insoweit Ersatz fordern, als ihm in Folge des Todesfalles der Unterhalt entzogen worden ist. Im Falle einer Körperverletzung sind die Heilungskosten und die Vermögensnachtheile zu ersetzen, die der Verletzte durch eine in Folge der Verletzung eingetretene zeitweise oder dauernde Erwerbsunfähigkeit oder Verminderung der Erwerbsfähigkeit erleidet. Außerdem kommen noch mehrere Entscheidungen des Reichsgerichts in Betracht, insbesondere die beiden folgenden: 1) ein Urtheil des Reichsgerichts, V. Zivilsen., vom 14. Oktober 1882, wonach die Haftpflicht der Unternehmer einer Eisenbahn den beim Betriebe Verletzten gegenüber zur Zahlung einer dauernden Entschädigungsrente nur so weit geht, als der Verletzte durch den Unfall überhaupt erwerbsunfähig geworden ist, dagegen, wenn er nur zur Ausübung seiner bisherigen Thätigkeit unfähig geworden und durch eine andere Thätigkeit einen Erwerb, wenn auch einen minder lohnenden, sich zu verschaffen vermag, die Höhe der Rente sich auf die Differenz zwischen dem bisherigen und dem künftigen, dem Verletzten offen stehenden Erwerbe beschränkt; 5) im Urtheil des Reichsgerichts, VI. Zivils., vom 14. Februar 1887, wonach der Richter bei der Berechnung der Entschädigungsrente, ohne eines dahingehenden Antrages des Entschädigungspflichtigen zu bedürfen, in Erwägung zu ziehen hat, ob der Verletzte voraussichtlich bis zu seinem Ableben die zur Erzielung des zur Zeit des Unfalles bezogenen Einkommens erforderliche Arbeitsfähigkeit ohne den Unfall behalten haben würde, oder in wie weit eine Minderung seines Einkommens mit Erreichung eines gewissen Lebensalters ohnehin zu erwarten wäre.

Strafkammer. Sitzung vom 7. Oktober. Aus einer verschlossenen Bretterbude hat der Maurerlehrling G. aus Selmsdorf eine Wasserwage gestohlen. Er wurde dafür zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. — An der Ecke Hüx- und Königstraße hat der Schlachtergeselle H. aus Goldberg eine Frau überfahren. Er hatte sich deßhalb wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte behauptete, daß er an dem Unfall keine Schuld trage, da sein Pferd gescheut habe und er dasselbe nicht habe halten können. Da ein Zeuge gesehen hat, daß der Angeklagte kurz vor dem Unfall Trab gefahren hat, wurde der Angeklagte wegen fahrlässiger Körperverletzung in eine Geldstrafe von 20 Mk. ev. 5 Tage Gefängniß verurtheilt. — Vom Schöffengericht in Eutin wurde der Instrumentenhändler D. aus Altona zu einer Woche Gefängniß wegen Diebstahls und 10 Mk. Geldstrafe ev. 3 Tg. Gefängniß wegen Uebertretung der Gewerbeordnung verurtheilt. D. hat gegen das Urtheil, soweit es die Strafe wegen Diebstahls berührt, Berufung eingelegt. Es waren in der Sache 14 Zeugen geladen. Der Diebstahl soll auf dem Bahnhofe Gremsmühlen am 23. Juli dieses Jahres begangen sein. An diesem Tage ließ sich ein Fremder im Wartesaal dritter und vierter Klasse eine Tulpe Bier geben, bezahlte dieselbe und ließ sich ein Zehnmarkstück wechseln. Die Kellnerin zahlte dem Fremden 10 Mk. Silbergeld hin; der Fremde strich das Geld ein und verschwand damit. Nach kurzer Zeit bemerkte die Kellnerin, daß sie das Zehnmarkstück nicht erhalten habe. Einige Herren, welche den Vorfall mit angesehen hatten, machten sich nun auf die Suche nach dem Fremden und fanden ihn schließlich auch in dem Röper'schen Gasthof in Malente. Drei Zeugen, wie auch die Kellnerin, glauben, den Angeklagten bestimmt wieder zu erkennen. Derselbe will durch mehrere Entlastungszeugen beweisen, daß er zur Zeit des Diebstahls nicht auf dem Bahnhofe, sondern in verschiedenen Gasthöfen und Privathäusern in Gremsmühlen und Malente gewesen ist. Da aus den Zeugenaussagen hervorgeht, daß die Kellnerin gar nicht erst in den Besitz des Zehnmarkstücks gelangt war, beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten von der Anklage des Diebstahls freizusprechen, ihn dagegen wegen Betruges zu einer Woche Gefängniß zu verurtheilen. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da nicht festgestellt sei, ob derselbe von vornherein die Absicht gehabt habe, die Kellnerin zu täuschen.

Kiel. Das deutsche Segelschiff „Cecilie Maria" ist am Sonnabend mit Ladung bei heftigem Sturm in der Ostsee gesunken. Die Mannschaft ist gerettet und hier angekommen.

Schwerin. Welcher Behandlungsweise ländliche Dienstboten auf mecklenburgischen Gütern ausgesetzt sind, davon legt eine Gerichtsverhandlung ein drastisches Zeugniß ab, die vor einigen Tagen hier stattfand. Der Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges angeklagt war nämlich der Wirthschafter Heinrich Harms zu Stralendorf. Am 13. August hatte der Angeklagte dem auf dem Hofe dienenden 21jährigen Pferdeknecht Friedrich Arfert den Auftrag ertheilt, am Nachmittage mit den Pferden Korn einzufahren, und das vierte, entweder das Hand- oder Vorderpferd, an den Arbeiter Möller zum Nachharken abzugeben. Arfert gab ihm aber das „Leinenpferd", einen Strangschläger, mit welchem Möller zu arbeiten sich weigerte. Aus dieser Veranlassung kam es nun zwischen dem Angeklagten und Arfert zunächst zu zu einem Wortstreit, der jedoch alsbald zu Thätlichkeiten ausartete, indem Angeklagter, um seine Autorität aufrecht zu erhalten, von seinem dicken eichenen Handstocke, Arfert von seiner Peitsche Gebrauch machte. Angeklagter, welcher seinem Gegner an Kräften augenscheinlich bedeutend überlegen ist, hat ihm, als derselbe bereits auf der Erde lag, noch zwei Schläge über den Kopf und Nacken versetzt. Die Verletzungen des Arfert haben nach dem Atteste des Dr. Jablonowsky in einer 5 Zentimeter bis auf den Knochen gehenden Kopfwunde und einer 6 Zentimeter langen Verletzung an der Schulter bestanden, infolgedessen der Verletzte zwei Wochen lang arbeitsunfähig gewesen ist. Der Angeklagte berief sich auf berechtigte Nothwehr. Die Staatsanwaltschaft beantragte, in Erwägung, daß der Angeklagte, zumal er seinem Gegner entschieden überlegen ist, sich eines Exzesses der Nothwehr schuldig gemacht habe, denselben unter Zubilligung mildernder Umstände in eine Geldstrafe von 30 Mk., sowie in die Kosten zu verurtheilen, während die Vertheidigung entgegengesetzer Meinung war und folgeweise kostenlose Freisprechung beantragte. — Das Urtheil lautete auf 15 Mk. Geldstrafe, aushiflich drei Tage Gefängniß, sowie auf die Kosten. — Im Interesse der ländlichen Dienstboten hätte ein weit härteres Urtheil gelegen; wir glauben nicht, daß die geringe Strafe auf hiebluftige Wirthschafter und Inspektoren abschreckend wirken wird.

Rostock. Unfall. In Wittenburg wollte eine Frau Asche in die Dunggrube schütten, wobei sie zwei kleine Hände aus letzterer hervorgestreckt sah. Sie rief Hülfe herbei, und man zog ein dreijähriges Mädchen heraus, das ein paar Minuten vorher aus dem Hause gegangen war. Wiederbelebungsversuche hatten leider keinen Erfolg.

Parchim. Exzeß. Ungefähr zehn Dragoner der Garnison nahten sich kürzlich Abends nach einer Zecherei dem Hause des in der Langstraße wohnenden Sattlers Böttcher, wo gerade die ausgespannten Pferde eingebracht werden sollten. Einige von ihnen hieben mit den Stiefelspitzen die Pferde an den Bauch, und als ihnen diese Rohheit von den Arbeitern untersagt wurde, entstanden Thätlichkeiten bis in den Hausflur hinein. Der herbeigeeilte Sattler, der den Angreifern das Haus verbot, erhielt einen Faustschlag in's Gesicht und stürzte blutend zu Boden; auch seine Tochter traf ein Schlag. Als endlich die Dragoner aus der Thüre gedrängt waren, versuchten sie, wieder gewaltsam einzudringen, und sie ließen davon nicht eher ab, bis die Tochter aus dem Fenster um Hülfe schrie. Beim Regiment ist Anzeige erstattet worden.

Neueste Nachrichten.

Breslau. (Privattelegramm.) Die Agrarkommission beantragt: Der Parteitag möge eine

Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über deutsche Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterwerfen und die Ergebnisse in einer Reihe von Abhandlungen zu veröffentlichen. △

Breslau, 8. Oktober. (Privat-Telegramm.) Genosse Ellenbogen-Wien, welcher als Gast anwesend war, wurde soeben als lästiger Ausländer ausgewiesen.

Brüssel. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Sonntag Abend zwischen Wawre und Ottignies durch den Zusammenstoß einer Lokomotive mit einem von Reisenden vollbesetzten Zuge. Dabei sind 10 Personen getödtet und 40, darunter mehrere schwer, verwundet worden. Hilfe kam alsbald von allen Seiten herbei. Der frühere Premierminister Beernaert befand sich in dem ersten Waggon mit sieben Familienangehörigen. Seine Schwägerin, Frau Mourlon, die Gattin eines bekannten Ingenieurs, wurde auf der Stelle getödtet, Frau Beernaert leicht an der Brust verletzt, der Staatsminister selbst nicht verwundet. — Nach jetziger Feststellung beträgt die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück Getödteten 18, verwundet sind etwa 100 Personen, darunter etwa 30 schwer, von denen mehrere den Tag nicht überleben werden. Unter den Todten befinden sich ein Arzt und ein Vikar, die übrigen sind Kaufleute und andere Bewohner der Umgegend. Die Entstehung des Unglücks ist folgende: Eine von Ottignies in voller Schnelligkeit daherkommende Lokomotive fuhr im Bahnhofe von Mourtry gegen einen in Bewegung befindlichen Zug. Drei Wagen fuhren buchstäblich einer auf das Dach des anderen und zermalmten die Insassen in fürchterlicher Weise. Hülfe wurde unmittelbar von Ottignies und von Brüssel gesandt; die Aufräumungsarbeiten wurden sogleich eingeleitet.

Lübecker Stadttheater.

Der Troubadour. Oper in vier Akten von Verdi. Seit ungefähr vierzig Jahren ist Verdi's „Troubadour" ein gerngesehener Gast auf unseren Opernbühnen. Die Fülle der anheimelnden, ansprechenden Melodien machen allein schon den „Troubadour" unverwüstlich. Tritt aber noch hinzu, daß Tenor und Bariton, Sopran und Alt gut sind, so wird eine Troubadour Aufführung stets ein Genuß sein. Und ein Genuß war auch — abgesehen von Einzelnem, besonders im ersten Akte — die Aufführung am Sonntag. Herr Saran (Graf Luna), dem eine gewisse Routine nicht abzusprechen ist, holte in den letzten Akten nach, was eine geringe Indisposition, besonders im ersten Akte, verschuldet hatte. Immerhin klang auch dann sein Bariton nicht so volltönig als kürzlich im „Lohengrin". Die Parthie der Leonore hatte Frl. Jewa übernommen. Im vorigen Jahre wurde diese Parthie von der „dramatischen" Sängerin (Frl. Schuchardt) und nicht von einer „Coloratursängerin" gesungen. Gewiß, die Parthie der Leonore gebührt, streng genommen, einer Coloratursängerin; aber die Coloraturen, diese Gesangsschnörkel, machen noch lange nicht den Kohl fett. Die Coloraturen gelangen zwar Frl. Jewa, deren Sopran besonders in den Mittellagen wohllautend ist; doch leider ist die Stimme nur schwach und reicht selbst für den Raum unseres Theaters nicht aus. Im ersten Akte war zudem noch Frl. Jewa anscheinend vom Lampenfieber derartig befallen, daß wir — obwohl wir ziemlich weit vorn saßen — nur wenig gehört und natürlich noch weniger verstanden haben. Erst späterhin machte sie sich und ihre Stimme etwas freier. Für eine Wiederholung des „Troubadour" schlagen wir vor, diese Parthie der Leonore durch Frl. Horsten singen zu lassen. Frl Döhle als Acuzena ließ in der gesanglichen Wiedergabe der Parthie die geschulte Sängerin erkennen. Es fehlte ihrem Organ durchaus nicht an Klang und Steigerung der Affekte. Da Frl. Döhle auch gut mimte, so sind wir mit dieser Altistin sehr zufrieden. Herr Forkhammer (Manrico) geizte nicht mit seinem herrlichen Tenor. Zweimal sang er unter dem Beifall des außerordentlich gut besetzten Hauses die Stretta im dritten Akte.

Sprechsaal.

Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung.)

(Eingesandt.)

Am Donnerstag den 10. d. Mts. soll im Neumann'schen Lokal „Berliner Hof" ein Bäckerball abgehalten werden. Es bestehen in Lübeck nur zwei Bäckerorganisationen, der Bäckergesellen-Fachverein und die Bäckergesellen-Brüderschaft. Die letztere hat ihren Ball bereits am 3. d. Mts. abgehalten, der Fachverein wird den seinigen erst später abhalten. Es kann der am 10. d. Mts stattfindende Bäckerball mithin nur ein künstlich gemachter sein möglicher Weise um den Fachverein zu schädigen. Wir wollen aber Herrn Neumann unsern Namen nicht borgen zu Abhaltung von Bällen; dazu hat Herr Neumann sich den Bäckergesellen gegenüber zu unlieb gemacht. Wir ersuchen sämmtliche Kollegen, es sich reiflich zu überlegen, ob sie diesen künstlichen Bäckerball besuchen wollen oder nicht.

Der Vorstand des Bäckergesellen-Fachvereins.

Briefkasten.

Nach Ratzeburg. Gewiß wird der Bericht aufgenommen Lassen Sie öfter etwas von sich hören.

P. Das Sozialistengesetz ist am 30. September 1890 gefallen

Zwei Wettende. Stadt 70 000 (1892.) Marienkirch 123,4 Meter, Dom 120 Meter. Die Höhe der anderen Thürm ist uns unbekannt.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 7. Oktober.

Der Schweinehandel verlief träge.

Zugeführt wurden 1310 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Versandtschweine schwere 45—48 Mk leichte 44—46 Mk., Sauen 34—40 Mk. und Ferkel 42—45 Mk pr. 100 Pfd.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Montag, den 7. Oktober.

12,30 N. Eben Ezar, Raßmussen, von Fehmarn in 1 Tg.
1,50 N. Rapid, Lokewitz, von Hammer in 8 Tg.
4,30 N. D. Linnea, Nyberg, von Helsingfors in 55 Std.
8,— N. D. Bore, Beskov, von Kalmar in 26 Std.
11,10 N. D. Newa, Krellenberg, von St. Petersburg in 89 Std

Dienstag, den 8. Oktober.

12,55 V. D. Livland, Ahrens, von Riga in 60 Std.
5,50 V. D. Lübeck, Paulsen, von Hernösand in 5 Tg.
6,30 V. D. Najaden, Hulten, von Kopenhagen in 14 Std.

Abgegangen:

Montag, den 17. Oktober.

11,10 V. St. Olof, Nielson, nach Ronneberg.
2,15 N. Orrik, Eriksson, nach Randers.
5,30 N. Harry, Sundberg, nach Waddö.
8,10 N. D. Orion, Larsson, nach Kopenhagen.

Dienstag, den 8. Oktober.

12,05 N. L. Torstenson, Aström, nach Stockholm.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. V.: 6,54 m S., schwach.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote" inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich eine
Woll-, Weiß- u. Holländisch-Waaren-Handlung.
C. Schloepke
Lübeck, Dankwartsgrube 43.
NB. Hutfedern werden gewaschen, gefärbt und gekräuft.

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich **Wahmstraße 81** eine
Grünwaaren-Handlung.
Gute Waare zu billigsten Preisen zusichernd, bitte ich um gütigen Zuspruch.
Hochachtungsvoll **W. Haack.**

Von der Großherzoglichen Regierung als
Hebamme
angestellt, empfiehlt sich für **Schwartau** und Umgegend **Frau Patschkowski** geb. Dose, Schwartau, Auguststraße 3.

Feinste
Meiereibutter u. Eier
empfiehlt
Heinrich Eulert,
Dankwartsgrube 50.

Frische Eier, Stück 5 Pfg.
ff. Margarine, Pfd. 65 und 70 Pf.
Feinste Meiereibutter, Pfd. 1,10, 1,20 Mk.
ff. Finnische Speisebutter, Pfd. 1,— Mk.
Ger. Landmettwurst, Pfd. 1 u. 1,10 Mk.
Fett. u. durchw. Speck, Pfd. 60 u. 70 Pfg.
ff. Tilsiter Käse, Pfd. 45, 60, 80 Pf., empf.
J. C. W. Blöss, J. F. D. Götke Nachf.,
Kupferschmiedestraße 7.

Ein großer Posten
Spiegel u. Bilder
empfiehlt billigst
Folckers Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Gebrannter Caffee
kräftig und rein schmeckend,
Pfd. 1,10 Mark, 5 Pfd. 5 Mark.
Johs. Breede, Dankwartsgrube 37. Mühlenbrücke 7.

Verband deutsch. Zimmerleute
(Zahlstelle Lübeck.)
Einladung zum Stiftungsfest
bestehend aus Tanzkränzchen u. Gesangvorträgen
am Sonntag den 13. Oktober
im Lokale des Herrn Stehr, 2. Wallstrasse.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Entree 40 Pf. Damen frei.
Freunde und Genossen sind willkommen.
Musik vom Musiker-Fachverein.

Durch die Expedition des **Lübecker Volksboten** ist zu beziehen:
Essener Meineids-Prozess
vom 14. bis 17. August 1895
Geschichte und Glossen von Dr. Franz Lütgenau.
Preis 15 Pfennig.

Frische Eier
empfiehlt
F. Höppner, Kl. Burgstr. 19.

Prima Bratenschmalz, Pfd. 40 Pfg.
ff. Kopffleisch, Pfd. 40 Pf.,
jeden Tag frische Brodwurst, Stck. 10 Pf.
empfiehlt **H. Thies,** Mühlenstraße 54.

Neuen hellen Honig,
Pfd. 48 Pf. **Joh. Nagel,** Engelsgrube 51.

Brodwurst, Leberwurst u. Kopffleisch
(täglich frisch), empfiehlt
W. Lemcke, An der Mauer 41 a.

Zu verkaufen ein neues gut gearbeitetes **Sopha** für 24 Mk., **2 Bettstellen** mit Matratzen und Betten, neu, à Stand 45 Mk.
Große Gröpelgrube 21.

1 Kanarien-Heckhahn, 4 Mark,
5 Kanarien-Hähne, à 3,50 Mark,
4 Kanarien-Weibchen, à 50 Pfennig,
zu verkaufen. Schwartauer Allee 127 a.

Zu verk. 1 echt. jg. kl. Pudelhund.
Dornestraße 77 a.

Eine **Wohnung** zu 240 Mk. und eine **Wohnung** zu 180 Mk. sogleich oder zu Weihnachten zu vermiethen. Näheres Ziegelstraße 1 f.

Wer ist de Mann mit de Cigarr in de Beckergrow an de Wand ??? Eener för veele.

Ein Aquarium
wird zu kaufen gesucht. Engelswisch 28/25.

Gesucht nach der Fischergrube eine Frau zur Aushülfe für die Morgenstunden. Näh. zwischen 7 und 8 Uhr Abends Adlerstraße 35 b, 2 Trepp.

Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch den 9. Oktober,
Abends 8½ Uhr,
General-Versammlung
bei Leeke, Lederstraße.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3 Quartal.
2. Wahlen
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig.

Mitglieder-Versammlung
der
Hafenarbeiter Lübecks
am Mittwoch den 9. Oktober,
Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn W. Neumann
(„Berliner Hof".)
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Fragekasten. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Gesangverein „Eintracht".
Socialer Abend
am Sonntag den 13. Oktober
im Concordia-Garten.
Anfang **6** Uhr Nachmittags. Ende **2** Uhr
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Das Fest-Comitee.

Neue Welt.
20 Schmiedestraße 20.
Täglich Concert
der Elite-Damen-Kapelle
(12 Personen)
Die Wiener Maiglöckchen
Jeden Mittwoch u. Sonnabend:
Gr. Frühschoppen-Concert

Restaurant Otto Gennburg
44 Beckergrube 44.
Täglich: Gr. Concert
der berühmten **Damen-Instrumental-Kapell**
„Libussa".
Anfang Wochentags 7 Uhr. **Sonntags 4 Uhr**
Eintritt frei.
Jeden Mittwoch und Sonnabend:
Frühschoppen-Concert

Verschießen
von
fetten Gänsen und Rauchfleis
am Mittwoch den 9. Oktbr.
im Lokale H. Fick, Marlesgrube 3
Beginn des Schießens 10 Uhr Vorm.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. Fick.

Stadttheater in Lübeck
Mittwoch den 9 Oktober:
8. Abonn.-Vorstell. 2. Serie: Bran
Anfang 7 Uhr. — Schauspielpreise.
Die Geierwally
Donnerstag: 9. Abonn.-Vorst. 3. Serie: Grün
Die Barbaren. Jugendliebe.
Freitag: 11. Abonn.-Vorst. 5. Serie: Brau
(Freitag-Abonnement Nr. 2). **Lohengrin**
(Die 10. findet Sonntag statt).

Der heutigen Nummer liegt eine Beilage von
Louis Joseph, Breitestr. 60
bei.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verlag: Theodor Schwartz Druck von Friedr. Meyer & Co., sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 236. Mittwoch, den 9. Oktober 1895. 2. Jahrgang.

Zum Kampf gegen die Gewerbegerichte.

Am 26. September fand in Leipzig von Vertretern deutscher Gewerbeschiedsgerichte eine Besprechung statt über eine Petition des Vereins der Arbeitgeberbeisitzer, sowie des kaufmännischen Vereins in Berlin, welche die Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Gewerbegerichte ohne Unterschied des Objektes bezweckte. Wie die „Magdeburger Volksstimme" berichtet, waren 34 Personen anwesend, darunter 20 Vorsitzende von Gewerbegerichten und 44 Vertreter von Arbeitnehmerbeisitzern, welche 24 Städte vertraten. Von den Arbeitgeberbeisitzern war Niemand anwesend. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellungnahme über Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Gewerbegerichte und vorläufige Vollstreckbarkeit derselben; 2. Stellung der Kaufleute, der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten unter das Gewerbegericht; 3. Soziale Praxis; 4. Statistik; 5. Schutz der Bauarbeiter.

Referent für den ersten Punkt war Stadtrath Flesch-Frankfurt a. M. Redner ging auf die Entstehung der Gewerbegerichte ein und besprach deren Bedeutung. Mit Einführung dieser Gerichte sei ein ganz neues Gebiet betreten worden; die Gewerbegerichte hätten nicht nur Recht zu sprechen, sondern auch eine soziale Pflicht zu erfüllen durch Stellung von Anträgen an die Staats- und Kommunalbehörden, auch seien auf Erfordern Gutachten abzugeben. Die bei den Gewerbegerichten eingeführte Ausschließung der Berufung sei nicht neu. Redner verweist auf die Schwurgerichte. Würde die Berufung zulässig, so würde den Gewerbegerichten die Bedeutung genommen, die jetzige Zusammensetzung der Beisitzer wünscht Redner beizubehalten, da sich dieselbe völlig bewährt habe. Rechtsrath Böck-Karlsruhe erklärt sich gleichfalls gegen die Einführung der Berufung und tadelt die Lauheit der Unternehmer bei den Wahlen ihrer Vertretung. Auch wendete sich Redner gegen die Abschaffung der vorläufigen Vollstreckung der Urtheile; es könne dem Arbeiter nicht gleichgiltig sein, ob er sein erstrittenes Geld nach Erledigung des Prozesses oder nach drei oder sechs Monaten erhalte. Dr. Jastrow kennzeichnete besonders das Vorgehen der Berliner Unternehmer. Unter denselben befinden sich Leute, die bei Ministern aus- und eingehen, sodaß nicht ausgeschlossen ist, daß dem Reichstage eine den Wünschen der Unternehmer entsprechende Vorlage zugeht; dagegen müssen sich die Gegner einer derartigen Vorlage kräftig rühren. Auch der Bürgermeister von Königsberg, sowie einige Arbeitnehmerbeisitzer pflichteten den Vorrednern völlig bei. Der Vorsitzende, Stadtrath Büttner-Leipzig, konnte daher am Schlusse der Debatte die Uebereinstimmung der Ansichten konstatiren. Er ermahnte die Anwesenden zum kräftigen Protest gegen den geplanten Angriff auf die Gewerbegerichte.

Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde gleichfalls angenommen.

Zum dritten Punkt wurde der Wunsch geäußert, ein selbstständiges billiges Organ zu schaffen, welches nicht nur für die Vorsitzenden der Gewerbegerichte sondern auch für die Beisitzer verständlich ist und alle bemerkenswerthe Urtheile enthalte. Ueber den Schutz der Bauarbeiter berichtet Assessor Bunow-Berlin. Er konstatirte, daß bei Bauten Zeichenunternehmer vorgeschoben würden, welche nicht zahlungsfähig seien und die Arbeiter um ihren Lohn betrügen. So seien in der nordöstlichen Berufsgenossenschaft 10 Prozent der Umlagen nicht einzuholen gewesen, trotzdem über 3 Millionen Mark Löhne gezahlt wurden. Es wurde angeregt, daß jeder Bauunternehmer verpflichtet sei, vor Beginn des Baues eine Kaution in Höhe von mindestens einer Woche Arbeitslohn zu stellen, damit die Arbeiter gedeckt werden können. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß am 8. Oktober der Ausschuß des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte zusammentritt, um die Vorarbeiten zu treffen zu einem im nächsten Jahr stattfindenden Kongreß.

Jürgen Wullenwever.

△ Am Feste Mariä Heimsuchung (2. Juli 1530), als auf dem Markte Volksreden gehalten wurden, fürchtete der Rath Exzesse gegen die Domherren. Er sandte deshalb den Stadthauptmann Friedrich von dem Werder mit einigen Gewaffneten nach dem Dome. Der Stadthauptmann wollte den Messe lesenden Domherren warnen und und begab sich leise in die Kirche zum Altar. Der Domherr, ihn erblickend, glaubte, es sei ein Anschlag wider das Kapitel im Werke und entfloh entsetzt mit allen Anwesenden aus der Kirche und aus der Stadt. Das Volk drang jetzt ein und füllte den mächtigen Bau mit Verwünschungen gegen die Pfaffen.

Der Pastor Rode, sicher gemacht durch das Gerücht, es sei ein kaiserliches Strafmandat unterwegs, und die Exekutoren, welche dieses Mandat ausführen sollten, wären schon unter den benachbarten Fürsten gewählt, rief bei dem Befehl, seine Kirchenwohnung in der Wede (Hof in der oberen Mengstraße) zu räumen, höhnisch aus: „Pfeift nur, die rechten Pfeifen werden Euch in Augsburg schon geschnitten." Er wurde mit Gewalt ausgetrieben. Das Kirchengut sämmtlicher Hauptkirchen wurde vorläufig eingezogen, und Dr. Johann Bugenhagen zur Ordnung der Kirchen- und Schulangelegenheiten aus Wittenberg berufen.

Jetzt waren die Bürger zufrieden. Sie hatten Alles erreicht. Die Ruhe kehrte wieder in die Stadt ein und fröhlich ging Jeder seinen Geschäften nach. Da erschien ganz unerwartet der Bruder des Bürgermeister Brömbs, der kaiserliche Rath Dr. Brömbs, mit dem Strafmandat in der Stadt. In dem an den Rath gerichteten Hauptschreiben hieß es: „Unverzüglich die alte Ordnung wieder herstellen und im Nothfalle sich des Beistandes des Erzbischofs von Bremen und des Bischofs von Lübeck, der Herzöge von Braunschweig und Sachsen und des Markgrafen von Brandenburg versichern." Dann waren noch sechs Briefe dabei: An den Ausschuß, an die ganze Bürgerschaft, an die vier großen Aemter gemeinsam, an die Kompagnien der Schonen-, Bergen- und Nowgorod-Fahrer. Den letzteren wurde befohlen, zur alten Ordnung in Staat und Kirche zurückzukehren und der katholischen Geistlichkeit den Schaden zu ersetzen. Dem Ausschuß wurde geboten, bei 100 Mark Goldes (60 000 Mk.) Strafe in drei Tagen jedem Antheil am Regimente für immer zu entsagen.

Alles war auf die Unruhen vom 29. und 30. Juni und eine Menge ebenso falscher wie schwerer Anklagen begründet.

Am 10. Oktober mußte der Ausschuß vor dem Rathe erscheinen, um den Brief des Kaisers zu hören. Aber jetzt trat Wullenwever vor und erklärte dem Brömbs, die Sache ginge die ganze Bürgerschaft an, deshalb könne der Ausschuß den Brief gar nicht annehmen. Worauf der Ausschuß sich entfernte.

Brömbs hatte nunmehr durch sein hinterlistiges Benehmen den vernünftig denkenden Theil des Rathes gegen sich aufgebracht und so eine tiefgehende Spaltung im Rathe herbeigeführt. Gegen seinen Willen wurde eine Bürgerversammlung beschlossen.

Am 12. Oktober, Morgens 8 Uhr, versammelten sich Rath und Bürgerschaft. 100 bewaffnete Bürger mußten die Ordnung in der Stadt aufrecht erhalten. Die Thore wurden geschlossen.

Die Verlesung der kaiserlichen Mandate begann. Sie wurde mit Hohn und Spott angehört.

Als man hierauf Brömbs beschuldigte, beim Kaiser um die Erlassung der Mandate gebettelt zu haben, schwur er: „So wahr Gott lebt, ich bin an dem Mandate unschuldig." Die Bürger aber riefen mit Spottgelächter: „Ja, de Brömbsen! Wi kennen de Brömbsen!" und entfernten sich. Jetzt trat Wullenwever abermals vor den Rath und sagte: „Der Ausschuß verlangt augenblicklich seine Entlassung." Wenn der Ausschuß sich verfehlt hatte und der Rath, das ordentliche Stadtregiment, das anerkannte, so mußte der Ausschuß eben verschwinden. Das war nur logisch. Wullenwever wußte recht gut, was die Auflösung des Ausschusses bedeutete; traten die Vermittler zwischen dem Rath und der Bürgerschaft zurück, so stand der furchtbarste Aufruhr auch schon unzweifelhaft fest. Nie wäre es dem Rath möglich gewesen, mit dem vor Wuth rasenden Volke, welches bewaffnet den Markt und die Straßen füllte zu unterhandeln.

Diese verzweifelte Lage begriff auch der Rath sofort, und mit bleichen Gesichtern mußten die stolzen Bürgermeister den Ausschuß inständig bitten, in Permanenz zu bleiben. Jetzt zeigte sich der überlegene Geist Wullenwever's. Er benutzte die Gelegenheit, die kaiserlichen Strafmandate unschädlich zu machen, und sagte: Der Ausschuß würde nur bleiben, wenn der Rath in einer Urkunde erkläre, daß der Ausschuß nur auf Verlangen und unter Verantwortung des Rathes ferner die Bürgerschaft vertreten und mit dem Rathe unterhandeln wolle. Der Rath mußte wohl oder übel in diesen sauren Apfel beißen und ebenfalls die Absetzung des verrätherischen Vogtes Krevet zu Mölln dekretiren.

Am andern Tage nahm der Rath die von dem Ausschuß in der Nacht aufgesetzten Artikel an. Er beantragte dabei noch, um nicht event. direkt mit der Bürgerschaft in letzter Instanz verhandeln zu müssen, daß die Bürgerschaft noch 100 Bürger wählen sollte, die mit dem Aus-

Die Geheimnisse des Lichthofes.

Erzählung von Max Kretzer.

(42. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Dort unten am äußersten Ende der einen Tafel, an der schmalen Seite auf einem gebrechlichen Stuhl, den Rücken dem Fenster zugekehrt, so daß sein Gesicht dunkel gefärbt aussah, während die Gestalt sich vom hellen Licht scharf markirt abhob, saß ein Neuangekommener, den Niemand kannte, den man heute überhaupt zum ersten Male hier erblickt hatte.

Er war vor etwa acht Tagen erst als Arbeiter in eine der Gürtlerwerkstätten eingetreten. Vor zwei Wochen war er erst aus Amerika zurückgekehrt, wo er zwanzig Jahre lang zugebracht habe — so hieß es, nach dem was er selber Einigen in seiner Werkstatt mitgetheilt hatte. Freilich recht verwildert sah er aus. Sein Haar hing langgewachsen auf die Schultern herunter, seinem Bart sah sah man's an, daß Kamm und Scheere nur selten mit ihm in Berührung kommen mochten. Sein Gesicht war gebräunt und die Furchen in ihm zeugten von wilden Leidenschaften, die einstmals wohl darüber hingebraust sein konnten. Aber seine Gesichtszüge waren nicht häßlich — kurz, er machte den Eindruck eines Mannes, den man immer und immer wieder anschauen muß, denn seine Kleidung ließ sich mit seinem Aussehen schwer in Einklang bringen. Man hielt ihn für etwas Apartes, und wies dabei auf seine Hände, die merkwürdig klein und zierlich und von Haus an harte Arbeit gewiß nicht gewöhnt sein mochten. In den Augen des Mannes lag etwas Unheimliches, eine versteckte Gluth, die bei seinem Sprechen manchmal aufsprühen zu wollen schien. Und er konnte erzählen, der Fremdling — so wundersame Dinge, und konnte sie in so beredtem Tone vortragen, wie seine Zuhörer es noch nie vernommen.

Das Auffallendste bei dem Manne aber war, daß auf seiner linken Wange fünf runde lochartige Narben sichtbar waren, die sich hell und deutlich von der gebräunten Hautfarbe abhoben. Vier von diesen Narben standen fast in einer Linie, die fünfte lag etwas tiefer, halb von dem Barte verdeckt. Die Narben machten den Eindruck, als hätten die Krallen eines Thieres oder die scharfen Nägel einer Hand sie auf dem Gesichte des Fremdlings zurückgelassen. Das fiel wohl Manchem in der Fabrik auf, aber man hatte keine Veranlassung sich groß darum zu bekümmern.

Doch etwas weiterhin Auffallendes trat bei dem Amerikaner zu Tage: was konnte ihn bestimmen sich von Anfang an so angelegentlich und so eingehend, nach den Familienverhältnissen des Kommerzienraths zu erkundigen und dabei seltsame Reden zu führen? Er gab vor, gar mancherlei von dem verschollenen Bruder des Chefs zu wissen, denn er habe ihn persönlich gekannt. Auch über die Spukgeschichten des Lichthofs wisse er Aufschluß zu geben. Sein geheimnißvolles Thun hatte ihn zum Freunde mehrerer jüngerer Kameraden gemacht, die sich zu solch einem prächtigen Erzähler, der so mancherlei mitzutheilen wußte, wovon sie keine Ahnung hatten, hingezogen fühlten. Am angelegentlichsten hatte er sich danach erkundigt, wie man dem Chef wohl am besten werde beikommen können, wenn man ihm etwas unter vier Augen zu sagen hätte; dabei, so ward erzählt, habe er eigenthümlich gelacht, als man ihn groß angesehen, und hierauf leichthin geäußert, daß er danach Verlangen trüge, brauche man ja nicht gleich als baare Münze aufzunehmen. Bei jeder Gelegenheit aber führte er das große Wort; den Aelteren wollte es freilich scheinen als nehme er manchmal den Mund doch etwas zu voll. Heute nun erging sich der Fremde im Speisesaal wieder gar eindringlich über dies und jenes. Erst hörten ihm nur die Nächstsitzenden zu, dann wurde man jedoch immer aufmerksamer, auch am andern Ende der Tische, bis zuletzt die Ohren der Meisten den beredten Lippen des Fremdlings sich zuwendeten.

Er erzählte von dem freien Leben drüben im Lande der Vereinigten Staaten, und dabei that er immer, als sei er gewöhnt nur im Gentlemanton zu reden. „Jawohl, meine Herren", sagte er, „das Leben drüben auf der anderen Seite der Weltkugel sollten Sie 'mal kennen lernen, meine Herren, das würde Ihnen eine andere Meinung von der Menschenwürde beibringen. Da drüben unterm Sternenbanner, da wird die Arbeit hoch geachtet. Ja, meine Herren, die Arbeit macht dort Alle gleich; der allergeringste Tagelöhner wird wie ein Gentleman behandelt . . . . .

Was meinen Sie wohl, meine Herren, was ich gleich am ersten Tage sah, als ich in New-York landete? Feine Herren, Gentlemen vom reinsten Wasser und in tadelloser Wäsche, sah ich in Hemdärmeln auf der Straße stehen und vor ihren Verkaufsläden den Besen führen, daß es eine Lust war, solches mit anzusehen, well, well, wenn es hier so wäre!! Aber hier bei uns ist Alles Knechtschaft — dort drüben heißt's: Der ist ein Mann, das soll heißen: Der arbeitet — und damit ist gesagt: Zieh' den Hut ab vor ihm . . . Und dann, meine Herren, die Freiheit, die Freiheit; man kann drüben thun und lassen, was man will — —"

Und in dem Tone ging das Faseln weiter. Freiheit, Freiheit und immer Freiheit war das dritte Wort bei dem „Amerikaner".

Aus seiner ganzen Redeweise ging hervor, daß wenn auch die gebratenen Tauben da drüben mit Messern und Gabeln gespickt auf einen Pfiff herangeflogen kommen mögen, sie doch ihn selber gemieden haben mußten, oder sie hatten sich so hoch in der Luft gehalten, daß sie sein Pfeifen nicht hörten, so daß er nicht im Stande war, sie zu erhaschen.

Hierauf fuhr der ehemalige Bürger der neuen Welt

schuß die etwaigen Forderungen und Wünsche der Bürger vorberathen sollten. Begründet wurde dieser Antrag mit der Gefährdung der öffentlichen Ordnung, wenn sich die Bürgerschaft in diesen stürmischen Zeiten oft versammeln müsse.

Der Ausschuß genehmigte den Antrag unter der Bedingung: Der Rath solle die Bürgerschaft gegen das Strafmandat vertheidigen und die Verantwortung wegen Nichtbefolgung desselben auf sich nehmen. Dies wurde angenommen.

Der Ausschuß konstituirte sich jetzt zu einer beständigen Körperschaft und wählte in seinen Vorstand die Bürger Wullenwever, Borchard Wrede, Hermann Huttenbach und Joachim Sandow. Er ergänzte sich selbst, am 22. Okt., aus der Bürgerschaft durch die 100 neuen Deputirten, welche wiederum zwei Bürger aus ihrer Mitte zu ihren Vorstehern ernannten, nämlich Joachim Grammendorp und Heinrich Köhler.

Vier Tage darauf, am 26. Oktober, kam Bugenhagen, der schon in Hamburg und Braunschweig sich als Kirchenordner bewährt hatte. Seine Thätigkeit zog sich bis in den Anfang 1531 hinein. Das Wichtigste ist die Aufhebung der beiden großen Klöster: Das Franziskanerkloster wurde in eine höhere Schulanstalt, das noch heute bestehende Catharineum, umgewandelt, das Dominikanerkloster (Burgkloster) in eine milde Stiftung. An die Spitze der städtischen Geistlichkeit wurde der Liederdichter, sowie Chronist, Hermann Bonnus als Superintendent gestellt. Unerledigt blieb die Stellung zum Bisthum (der Bischof residirte jetzt in Eutin), dessen Güter zum Theil von der Stadt beansprucht wurden, während der Herzog Christian von Holstein ebenfalls Ansprüche geltend machte. Hierin lag der Keim späteren Haders.

Die Sage erzählt, Lübeck habe den Organisator nach wohl vollbrachter Arbeit in einer Staatskarosse mit Vorreitern heimgesandt. Dem Wagenlenker, einem hochmüthigen Burschen, hätte es nicht behagt, solchen Dienst einem simpeln Manne des Worts und der Feder zu leisten, und er habe ihn gefragt, ob Sankt Peter auf seinen Apostelreisen auch Staatskarosse und Vorreiter benutzte, worauf „Doktor Pommer" geantwortet: „Wenn er zu so frommen und gütigen Leuten kam, wie Deine Herren von Lübeck sind, allerdings. Kam er aber zu solchen Schlingeln, wie Du Einer bist, dann mußte er zu Fuß nach Hause gehen."

Inzwischen zog sich ein schweres Ungewitter gegen die Evangelischen zusammen. Kaiser Karl V., ein Autokrat bis in die Fingerspitzen, dachte nicht daran, die von Luther angeregte Bethätigung des revolutionären Geistes zu schonen. Er hatte nur deshalb bisher nicht energisch auf Durchführung des Wormser Aechtungsbeschlusses bestanden, weil ihn sein Kampf mit Frankreich und die politischen Zerwürfnisse mit dem Papst, sowie die Türkengefahr anderweitig engagirten, so daß er sich den Rücken frei halten mußte. Aber am 5. August 1529 war der Friede mit Frankreich zu Stande gekommen; ungefähr gleichzeitig war die drohende Türkenmacht vor den Wällen Wiens gescheitert, am 24. Februar 1530 dokumentirte die Kaiserkrönung zu Bologna die volle Versöhnung mit dem Papste. Nur das herrliche freie Florenz trotzte jenseits der Berge noch dem großen Despoten. Er konnte sich jetzt mit aller Macht auf die Vernichtung des Protestantismus werfen. Der Augsburger Reichstag (Sommer 1530) sollte ihm den bequemen Rechtsvorwand liefern. Es waren jene Monate banger Erwartung, in denen Luther auf der Veste Coburg dichtete:

Nehmen sie uns den Leib,
Gut, Ehr, Kind und Weib,
Laß fahren dahin!
Sie haben's kein'n Gewinn!
Das Reich muß uns doch bleiben.

Soziales und Partei-Leben.

Achtung, Bäcker! In Harburg sind ernste Differenzen zwischen Gesellen und Innung ausgebrochen, weil hier die Innung das Sprechwesen, welches bisher zu aller Zufriedenheit von den Gesellen geleitet wurde, in ihre Hände reißen wollte. Haltet den Zuzug von Wilhelmshaven, Frankfurt a. M. und Harburg fern!

Der Ausstand der Genter Baumwollarbeiter ist beendet. Die von den Arbeitgebern zu gewährende Lohnerhöhung wird von einem Schiedsgericht festgesetzt. Die Metallfabriken bleiben noch geschlossen.

Ende des Kopenhagener Gießarbeiterstreiks. Wie dem „Vorwärts" berichtet, beschlossen die Arbeiter in einer großen Versammlung, auf die von dem Fabrikantenverein gemachten Vorschläge einzugehen. Die Arbeiter werden in Zukunft za. 18 Kronen erhalten, was nach der Erklärung des Fabrikantenvereins bedeutet: mehr als 17½ Kronen, und zwar werden diesen Lohn alle Gießarbeiter erhalten. Der Verdienst beträgt also in Zukunft 29 bis 30 Oere per Stunde, während sie vor dem Streik etwa 27 Oere erhielten, inkl. der Ueberstunden, während diese hinfort mit 25 pCt. Aufschlag auf den regulären Stundentarif bezahlt werden sollen. Daß die Fabrikanten nicht alle Arbeiter wieder annehmen wollen und etwa 70 vorläufig zurückgewiesen werden, bildet noch einen Beschwerdepunkt, der hoffentlich auch noch beigelegt werden kann. Jedenfalls wird die Arbeit nicht früher aufgenommen, als bis auch diese Frage entschieden ist.

Gera. Die stattgefundene Landtagsstichwahl ergab folgendes Resultat: 1. Wahlkreis: Fiedler (Soz.) 306 Stimmen, Reibenstein (Fortschr.) 442 Stimmen; 2. Wahlkreis: Vetterlein (Soz.) 283 Stimmen, Kalb (Fortschr.) 520 Stimmen. Die sozialistischen Kandidaten sind demnach, wie zu erwarten war, gegenüber dem Ordnungskartell unterlegen. Stolz schreitet der „Fortschritt" auf den Krücken der Rückschrittler in den Landtag.

Aus Nah und Fern.

Görlitz. Die Aufführung von Hauptmanns „Weber" im Stadttheater zu Görlitz ist vom dortigen Magistrat inhibirt worden, weil „Streit und Unfrieden in der Bürgerschaft" befürchtet wird. — Ja „wir sind klug nnd weise"!

Großes Aufsehen erregt in Breslau die Verhaftung einer den sog. besten (!!) Gesellschaftskreisen angehörigen jungen Dame wegen Ermordung ihres 5 Tage vor der Hochzeit heimlich geborenen Kindes. Die Einzelheiten der grausigen That lassen „fast" Irrsinn vermuthen. Natürlich, es handelt sich um eine „Dame" der sog. „besten" Gesellschaftsklassen. Dienstmädchen sind nie in derartigen Fällen „fast irrsinnig."

Düsseldorf. Die „Schutzleute" Mock und Buchen aus München-Gladbach, sowie die dort ebenfalls wohnenden Brüder Emil und Franz N., sowie Heinrich E. standen als Angeklagte vor der Strafkammer unter der Anklage, gemeinschaftlich in der Nacht vom 5. zum 6. Mai den Fabrikarbeiter Gl. mißhandelt zu haben. Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß der Mißhandelte mit den Brüdern N. in M.-Gladbach einen Wortwechsel hatte. Die beiden N. wandten sich hierauf an die obengenannten Schutzleute und verfolgten mit diesen und dem E. den Gl., den sie im Hofe eines Hauses zu Waldhausen trafen und auf das Brutalste — die Schutzleute mit ihren Säbeln — mißhandelten, so daß Gl. besinnungslos liegen blieb, warauf die heutigen Angeklagten sich entfernten. Die Strafkammer verurtheilte wegen dieser rohen That die Schutzleute Mock und Buchen zu je 5 Monaten Gefängniß, Emil N. zu 3 Monaten Gefängniß, Heinrich E. zu 9 Mark und Franz N. zu 60 Mk. Geldstrafe.

Ein fürchterliches Liebesdrama beschäftigte die Strafkammer des Bautzener Landgerichts. Der Wirthschaftsgehülfe Oswin Richard Köhler aus Hohburkersdorf, 18 Jahre alt, war unter Anklage gestellt, in der Nacht zum 27. Mai d. J auf Hohburkersdorfer Flur seine Geliebte, die am 2. Mai 1876 geborene Dienstmagd Hulda Martha Kunath, durch mehrere auf sie abgegebene Revolverschüsse getödtet, zu dieser Tödtung aber durch das ausdrückliche und ernste Verlangen der Getödteten bestimmt worden zu sein. Köhler, der Sohn eines Gutsbesitzers, konnte in Ansehung seines jugendlichen Alters und in Anbetracht anderer Umstände nicht hoffen, die Kunath je heirathen zu dürfen. Die beiden jungen Leute, welche sich innig liebten, beschlossen nun nicht weniger, als gemeinschaftlich ihrem Leben ein Ende zu machen. In gedachter Nacht, nachdem sie etwa eine Stunde lang auf einem Feldrain gesessen und vom Sterben gesprochen hatten, forderte die Kunath den Geliebten, welcher ihr mittheilte, daß er sich nun erschießen würde und ihr den Revolver zeigte, wiederholt auf, sie mit zu erschießen. Das Gesicht auf Köhler gerichtet, legte sich die Kunath auf die linke Seite und die Augen schließend erwartete sie den Tod. Nach längerem Zögern legte Köhler an und schoß ihr vier Kugeln durch den Kopf. Hierauf versetzte er sich selbst einen Schuß in den Kopf. Die Verletzung aber war bei ihm keine tödtliche, trotzdem hat das Geschoß bis jetzt noch nicht aus dem Kopfe entfernt werden können. Köhler wurde im Sinne der Anklage wegen Tödtung eines Einwilligenden zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängniß kostenpflichtig verurtheilt.

Durch einen geradezu genialen Trick hat der wackere Kapitän eines Donau-Dampfers einem seiner Passagiere, der um zehntausend Francs bestohlen worden war, wieder zu seinem Gelde verholfen. Das Schiff, welches regelmäßig zwischen Belgrad und Odessa verkehrte, näherte sich dieser Tage eben einem kleinen bulgarischen Orte, bei dem nur auf Verlangen angehalten wird, als ein junger Mann an den Kapitän herantrat und das Ersuchen stellte, man möge ihn ans Land bringen. Diesem Ersuchen wurde entsprochen. Etwa eine halbe Stunde später stürzte ein zweiter Passagier mit verzweiflungsvoller Miene zur Kommandobrücke und klagte dem Kapitän, daß ihm eine Ledertasche mit zehntausend Francs abhanden gekommen sei. Der scharfsinnige Schiffslenker dachte nicht lange nach, sondern ließ den Dampfer in einem weiten Bogen, so daß es die Passagiere nicht einmal merkten, umkehren. Dann wurde der in goldenen Lettern prangende Name des Fahrzeuges durch Segeltuch verhüllt und sonst noch einige Veränderungen vorgenommen, die dem Schiffe aus der Ferne ein anderes Aussehen gaben. Als man wieder zur letzten Haltestelle zurückgelangt war, ertönte am Ufer das übliche Haltesignal. Bald darauf näherte sich dem Dampfer eine Schaluppe, der ein junger Mann, einen Lederbeutel in der Hand haltend, entstieg. Die findige Wasserratte hatte sich nicht getäuscht. Es war der Dieb, der auf einem aufwärts fahrenden Dampfer das Weite suchen wollte und der nun nicht wenig erstaunt war, als er ringsum bekannte Gesichter erblickte und von einem bekannten Kapitän am Kragen gefaßt wurde. In ziemlich schlechter Laune mußte er die Reise nach Odessa mitmachen, wo ihm nun für längere Zeit jede Gelegenheit zu erträglichen Wasserfahrten benommen werden wird.

---

fort, ohne darauf geachtet zu haben, daß dort neben der Thür, hinter dem breiten Nacken Christian Säuerlings, ein uns bekanntes altes Männchen mit grünem Sammtkäppchen auf dem kahlen Schädel, die unvermeidliche große alterthümliche Holzpfeife im Munde, schon längst, gleich den Uebrigen, seinen prahlerischen Worten aufmerksam lauschte.

„Das ist eben das Herrliche im Lande der Freiheit, meine Herren, daß man sein Brod verdienen kann, auf welche Art man will. Ob Fürst oder Arbeitsmann, das ist Alles eins. Auf den Stand giebt Niemand etwas. Lincoln, der große Lincoln, meine Herren, war von Haus aus Holzhauer und hat es doch bis zum Präsidenten gebracht. Ich habe ihn gekannt, den großen und guten Lincoln. Und ich selber, ich war drüben Alles. Ich war Arbeiter, Kellner, Fuhrmann und im Westen, ganz hinten am Ende der Welt, war ich sogar eine Zeit lang — Prediger — ja, lachen Sie nicht, Gentlemen, ich war Prediger einer kleinen Gemeinde, wenn auch nur ein falscher nach unseren Begriffen; aber ich wette drauf, die Pärchen, welche ich getraut habe, leben heute noch glücklich und haben die Hochzeitsnacht verbracht wie im Paradiese."

Der Mann lachte und die Nächstsitzenden mit ihm. Das mußte da drüben ja wirklich ein Leben sein wie im Paradies.

Tobias Hagermann aber war es plötzlich, als hätte er den Mann da drüben am Fenster wirklich schon einmal im Predigerrocke gesehen. Schon wie er das Wort „falscher Prediger" — aussprach, da begannen mit einem Mal absonderliche Erinnerungen im Hirn des Alten aufzusteigen. Und er beugte sich vor, um besser sehen und hören zu können.

Und der Neuweltbürger fuhr fort:

„Aber, meine Herren, gefährlich ist's doch im Westen. Wenn ich Ihnen Alles erzählen wollte, das mir dort passirt ist, Goddam! ich könnte Tage lang sprechen. Sehen Sie diese Narbe hier auf meiner linken Backe — ein Hund von Indianer, Sie werden von diesen Bestien schon gehört haben, — ein solcher rother Teufel gebrauchte während eines Kampfes seine Hand als Tatze und grub sie tief in meine ehrliche Haut. Ich habe den Schurken aber ohne Murren kalt gemacht. Seine Väter, bei denen er versammelt ist, werden mir meine rasche That zugute halten — verdammt, mir that's aber damals doch furchtbar weh' im Gesicht, — kann's versichern, meine Herren!"

Wie der Mann von drüben der Narben Erwähnung that, da fiel etwas polternd zur Erde, und der Christian Säuerling bückte sich und reichte dem alten Tobias dessen Unicum von Pfeife. Die Hände des Alten fingen plötzlich an zu zittern, seine Augen vergrößerten sich, als wollte er damit den Aufschneider dort am Fenster verschlingen.

Tobias Hagermann, was ist Dir auf einmal in den Sinn gekommen? Willst Du vergangene, längst vergessene Bilder herauf beschwören? Glaubst Du, daß der Mann dort lügt, daß die Hand, die ihn so gezeichnet, dieselbe Hand war, die so oft in der Deinen, damals noch nicht welken, geruht hatte? — Dir kommt's vor, als hättest Du diese Stimme schon ein Mal in Deinem Leben gehört? Führt das Schreckgespenst Phantasie Dir die Scene in jener Nacht vor zwanzig Jahren wieder vor Dein geistiges Auge? Zweifelst Du, daß ein Gott waltet, zu strafen und zu rächen? Hagermann, blicke ja scharf aus — ehe Du handelst!

Und Hagermann that es. Er beugte sich ganz vor; er hielt den Athem an, und sein Herz pochte, daß er die Schläge hörte.

Konnte der Heimgekehrte ahnen, daß die Sonne, die gerade jetzt am Fenster ihn überstrahlte, seine Lügen und sein böses Gewissen an den Tag bringen würde? Der Mann dort, konnte er ahnen, daß Du noch lebtest nach zwanzig langen Jahren!?

Ja, die Sonne bringt es an den Tag!

Und Tobias lauschte weiter, mit halbgeöffnetem Mund, wie die Anderen, die den Amerikaner wie ein Wunderthier anstierten.

Und der Mann erzählte und redete noch Manches; bis ihn plötzlich einer am Tische unterbrach und das Gespräch auf den Lichthof brachte.

„Ich habe gehört," sagte er, „daß Sie vor zwanzig Jahren schon ein Mal in dieser Fabrik gearbeitet haben sollen und daß Sie den verschollenen Bruder unseres Chefs gekannt hätten — 's soll damals etwas Besonderes vorgefallen sein. Wie stehts damit — was wissen Sie von der Geschichte?"

Der Fremde lachte laut auf; aber Säuerling, Kleinschmidt, der dicke Hamburger und Turkelmann, der auch dabei saß, sahen sich bedeutungsvoll an, als wollten sie sich gegenseitig zuraunen: Jetzt ist ihm eine Falle — gestellt — jetzt wollen wir sehen, ob er was weiß. — Und unwillkürlich sahen die Vier Hagermann an.

Bei dem Alten aus der Lackküche aber bebte jetzt jeder Nerv. Immer noch starrte er den Mann am Fenster an. Und je mehr er dies that, je mehr ergänzte sich das Bild, das aus dem Grabe der Vergangenheit vor ihm aufstieg.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Verlag: Theod. Schwartz Druck von Friedr. Meyer & Co., sämmtlich in Lübeck.